

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 25. Oktober 1930
12. Jahrgang, Nummer 252

Arbeitslohn mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Wochens-
preis: wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Rollenlohn = 60 Pf., monatlich
2,10 RM. + 50 Pf. Rollenlohn = 2,60 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch
die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Strafband 3 RM.
Anzeigenpreis: Die gehobene Millimeterzeile oder deren Raum
12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Kellama-
preis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Zeit-
raum 70 Pf. — Schluss der Inseratenaufnahme in den Hauptausgaben um
8 Uhr in den Villalen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Verlags- und Druckerei: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Tel. 500 89.
Postfach: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Kreuzberger
Straße 50, Tel. 230 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-13.
Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialverlagen:
Görlitz, Kronprinzstraße, 200 L. Eingang Magdeburg, Tel. 2670;
Dresden, Adalbertstraße 11, Tel. 1264; Gdansk, Kunitz 6, Tel. 2384.
Geschäftsstelle 8-12 Uhr. Geschäftsstelle: Hauptverlag Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck:
„Reinhold“, Villale Breslau, Kreuzberger Straße 50.

Die KPD. ruft zur Unterstützung des Metallstreiks:

Organisiert den Kampf in ganz Deutschland!

Der Berliner Lohnraub soll für ganz Deutschland wegweisend sein

130 000 Berliner Metallarbeiter stehen im Streik gegen Lohn-
abbau, für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Lohn-
erhöhung. Ihr Kampf richtet sich nicht nur gegen die Scharfmacher
der Metallindustrie, die 15 Prozent Lohnraub fordern, sondern auch
gegen die Brüning-Regierung,
deren Mitglieder 8 Prozent Lohnabbau diktierten wollten.

Die Regierung der 3-48-Diktatur, die Regierung der Not-
verordnungen,
Die Regierung des Lohn- und Gehaltsraubes

wurde am 18. Oktober vor dem Sturze
gerettet durch die Sozialdemokratie.

142 SPD-Abgeordnete stimmten Mann für Mann gegen die
Aufhebung der Notverordnungen, gegen das Mißtrauen, für die
Regierung Brüning-Schleier-Treutmann, die mit allen Mitteln, mit
Hilfe einer faschistischen Diktatur, ihr Hungerprogramm
durchsetzen will.

Die Regierung Brüning, gestützt auf die Sozialdemo-
kratie im Reichstag und in der Preußenregierung, gestützt auf die
Nationalsozialisten in Thüringen, Braunschweig und im
Reichsrat,

führt das deutsche Volk in eine Hungerkatastrophe!

Lohn- und Gehaltsraub bei steigender Teuerung trotz
allem Preislenkungs-Schwandel, Raub der Unterstützungen bei

wachsender Massenverwerflichkeit — fünf Millionen Er-
werbslose in diesem Winter — Ruin des schaffenden
Mittelstandes und der werktätigen Bauern unter dem
unerträglichen Druck der Young-Ausplünderung — das
ist die Katastrophe, in die euch die Brüning und Steger-
wald, die Braun und Seewitz, die Fried und Giller
hineinführen.

Arbeiter, Angehefte, Beamte, werktätiger Mittelstand, schaffende
Bauern! Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Schon drohen die Unternehmer mit der Aussperrung der
Metallarbeiter in ganz Deutschland!

Der Kampf der 130 000 Metallarbeiter
ist euer Kampf!

Ihr müßt ihn aufs rascheste und wirkungsvollste unterstützen
durch Geldsammlungen und Solidaritätsbeschlüsse, vor allem aber
durch den aktiven Kampf für eure eigenen Forderungen gegen Lohn-
und Gehaltsabbau, gegen Unterstützungs- und Steuerraub, gegen
faschistische Hungerdiktatur;

für Siebenstundentag und Lohnerhöhung,
Winterbeihilfe für Erwerbslose und Sozialrentner,
Abwälzung der Steuerlast von den Werktätigen auf die
Besitzenden.

Proletariat! Werktätige! Rüstet zum
politischen Massenstreik gegen die Hungerdiktatur,
zum Sturz der faschistischen Brüning-Regierung!

Lebt Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern!
Metallarbeiter Deutschlands! Organisiert den Kampf um eure
eigenen Forderungen! Das ist die beste Solidarität für eure Berliner
Klassengenossen.

Macht Schluss mit den Vertretern vom 18. Oktober, den Helfern
der Hungerregierung, den sozialdemokratischen Arbeiterverrätern!

Macht Schluss mit den Hitler-Faschisten, die sich dem Dollarkapital
als Landsknechte gegen den Volkswidwismus verkaufen!

Nur die Kommunistische Partei,
nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition
führen den Kampf für eure Interessen.

Werbet Kämpfer in den Reihen der KPD. und des
Kommunistischen Jugendverbandes!

Tretet in Massen ein in die revolutionäre Gewerkschafts-
opposition!

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Berlin, den 25. Oktober 1930.

**Zentralkomitee der Kommunistischen
Partei Deutschlands**
**Zentralkomitee des Kommunistischen
Jugendverbandes Deutschland**

An alle!

Parteibefehl!

An alle!

Die gesamte Organisationskraft der Partei wird auf die Unter-
stützung des Berliner Metallarbeiterstreiks konzentriert. Jedes Partei-
mitglied wird verpflichtet, sich

- für die propagandistische Bearbeitung der Betriebe zur Ver-
stärkung zu stellen;
- wenn gewerkschaftlich organisiert, sich an den Sitzungen der Ge-
werkschaftsfraktionen zu beteiligen und entsprechend den Richt-
linien für unsere Gewerkschaftsarbeit die Auffassung der KPD.
in den reformistisch geführten Verbänden zu vertreten;
- an der Sammlung für die streikenden Metallarbeiter zu be-
teiligen;
- mit allen Kräften für die Schaffung von betrieblichen Soli-
daritätsausschüssen und vorbereitenden Kampfausschüssen ein-
zusetzen;
- die Bildung von Betriebsgruppen aufs Stärkste zu unterstützen.

Die leitenden Parteifunktionäre sind
verpflichtet, folgende Maßnahmen
durchzuführen:

- Der Ortsgruppenleiter beruft sofort eine Parteimitgliederever-
sammlung ein und setzt der Mitgliedschaft an Hand des bezirk-
lichen und zentralen Materials die Bedeutung des Berliner
Metallarbeiterstreiks auseinander, und zeigt entsprechend den
örtlichen Verhältnissen die nächsten konkreten Aufgaben auf.
- Die Betriebszellenleiter berufen eine Zellenkennung mit Sym-
patheisierenden ein und legen die Maßnahmen zur Bearbeitung
des Betriebes von innen fest.
- Die Straßenzellenleiter legen die einzelnen Zellenmitglieder zur
Bearbeitung der Betriebe vor und legen ein, entsprechend dem ört-
lichen Arbeitsplan zur Bearbeitung der Betriebe.
- Die Gewerkschaftsfraktionsleiter berufen Fraktionsitzungen ein
und legen die Einzelheiten des Vorkampfes in den von den Reform-
misten geleiteten Gewerkschaften fest, entsprechend den Anweisungen
des Bezirkskomitees der KPD.
- Der Agitpropagandist der Ortsgruppe bereitet sofort in Gemeinschaft
mit der Ortsgruppen- bzw. Zellenleitung die Herausgabe von
Betriebszeitungen vor.
- Der Orgleiter der Ortsgruppe bereitet in Gemeinschaft mit dem
AGD-Leiter die Abhaltung von Belegschaftsversammlungen, die
Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen oder Solidaritäts-
ausschüssen vor.
- Der Kassierer der Ortsgruppe organisiert die Sammlung für die
streikenden Metallarbeiter durch die Zellen. Er veranstaltet den

Abschluss eines Wettbewerbs der einzelnen Zellen untereinander
zur Erzielung eines möglichst hohen Sammelergebnisses.

Das nächste Ziel ist:

- In allen Groß- und Mittelbetrieben in der Metall-, Bergbau-
und Textilindustrie sowie in den großen Lehrbetrieben Beleg-
schaftsversammlungen zuzubringen und Kampf- oder Soli-
daritätsausschüsse zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter
zu schaffen.
- In den unter Punkt 1 genannten Betrieben möglichst starke
Betriebsgruppen der KPD. zu schaffen.
- Als beste Unterstützung der Berliner Metallarbeiter die Aus-

lösung von Wirtschaftskämpfen um die eigenen Forderungen der
Arbeiter in den schlesischen Betrieben zu ermöglichen.

- In allen Städten Schlesiens arbeitsfähige Ortskomitees der KPD.
zu schaffen.
- Bildung von örtlichen Komitees werktätiger Frauen in den
20 wichtigsten Orten des Bezirks.
- Erfassung von mindestens 30 Prozent der Erwerbslosen in die
Erwerbslosengruppen der KPD. und die Einleitung einer breiten
Winterhilfskampagne der Erwerbslosen.
- Jedes Parteimitglied sammelt mindestens zwei Mark für den
Streikfonds der Berliner Metallarbeiter.

Die Stunde der KPD. ist gekommen. Die Wirtschaftskämpfe
sind ein Hebel zur Auslösung des politischen Machtkampfes,
Klasse gegen Klasse. Deshalb alle Kräfte eingesetzt für die Vor-
bereitung von Wirtschaftskämpfen.

Die Lösung ist:

Trommelrue auf die Betriebe!

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Gebering bereitet wieder das Verbot der KPD. vor

Unter der Überschrift „Gegen den Radikalismus“ bringt
heute das hiesige „Völkische Blatt“, die „Schlesische Volkszei-
tung“, folgende Meldung aus Berlin:

„Um dem Propagandatreiben der radikalen Parteien,
der Nationalsozialisten und der Kommunisten, wirksam zu be-
gegnet, wird das Reichsinnenministerium und das preussische
Innenministerium gemeinsam demnächst die notwendigen Ab-
wehrmaßnahmen treffen. Im Reichsinnenministerium wird die
Leitung dieser Aufgabe in den Händen des Ministerial-
direktors a. D. Dr. Spieder, im preussischen Innenmini-
sterium bei Gebering liegen.“

Die Meldung, die zwar sehr verklausuliert die wahren Absichten
des „Keinen Metallarbeiters“ wiederholt, kommt nicht überraschend.
Wir haben schon am Tage seiner Berufung eindeutig zum Ausdruck
gebracht, was der Name Gebering ganz besonders in dieser gegen-
wärtigen Situation für das Proletariat bedeutet.

Noch ist er nicht eine Woche im Amt. Aber jeder Tag in dieser
ersten Amtswoche ist bereits mit Blut und Gummistülpeln wiederum
sein Name in die Geschichte eingetragen worden.

Mit der Beschlagnahme der „Roten Fahne“ hat er ange-
fangen, an den Gräbern der Gemordeten von Alsdorf haben seine Po-

liten den Kumpels den Namen Gebering in die Köpfe eingeschlä-
gelt. Noch waren die Todesopfer in Alsdorf nicht alle unter der Erde, als
Gebering seine Gummistülpelgarde zur Jagd auf die Hungerarmee
im Ruhrgebiet antrieb. Als Siegesbeute konnte er dem Geldad über
tausend Verhaftete und einen toten Jungarbeiter
melden, den Nazis unter dem Schutze der Polizei
gemordet hatten.

So wird er in der Linie der ersten drei Tage fortfahren. Zei-
tungsverbot, Gummistülpelbäder und am Ende Verbot des revo-
lutionären Radikalismus, das heißt der KPD. Die Arbeiterklasse, die
unter Führung der KPD. und der KPD. marschiert, wird sich aber
nicht abhalten lassen, den Kampf fortzusetzen, und sie wird es tun in
dem Bewußtsein, daß Herr Gebering weder den Hunger noch die KPD.
bezwingen, daß aber der Tag gerade durch Gebering eher herein-
brechen wird, an dem er bezwungen am Boden liegt.

Die komm. Stadtverordnetenfraktion hat in Berlin einen beängstigen
Antrag eingebracht, in dem die sofortige Verhaftung von fünf
Millionen Mark für die Streikenden und die Unterbrechung an
den zentralen Sammlungsstellen gefordert wird.

Gegen mörderische Notverordnungen

Die Ärzte rufen zum Massenprotest

Seit dem 1. September wird die Notverordnung des Hindenburg-Brüning-Kabinetts zur „Reform“ der Krankenversicherung praktisch durchgeführt. Seit dem 1. September muß jeder Werktätige 50 Pfennig für die Ausstellung eines Krankenscheines, 50 Pfennig und mehr für jede Arzneiverordnung zahlen.

Schon heute erweist sich dieses Gesetz, das dem Kranken sein eigenes Unterstüßungsgeld noch kürzt, ihm Arzt und Arznei vorenthält, als eine schwere Schädigung der Volksgesundheit.

Bei dem knappen Lohn scheut jeder Werktätige eine Mehrausgabe von einer Mark für ärztliche Beratung; denn dieses Mehr bedeutet weniger Essen, bedeutet Raub an seinem Brot.

Und der Arbeitslose? Für ihn ist der Arztbesuch gänzlich unerschwinglich geworden, jedes Medikament ein unerreichbarer Luxus. Was ist die Folge? Eine unerhörte Vernachlässigung heilbarer Leiden, Ausbreitung ansteckender Krankheiten, Verzögerung lebenswichtiger Operationen, Zunahme der Säuglings- und Kleinkinderkrankheiten, ein mörderisches Aufblühen des Korpulenzwuns. Kurzum eine Untergrabung der körperlichen Kräfte aller arbeitenden Schichten.

Auch die Stellung der Ärzte ist durch die Notverordnung grundlegend verschlechtert worden. Sogenannte „Vertreuer der Ärzte“, die weder das Vertrauen der Kranken noch ihrer Kollegen bedürfen, sondern nur der Rassenbürokratie zu gefallen brauchen, werden nunmehr infolge der Notverordnung überall von den Krankenkassen direktoren eingesetzt, um über den Kopf der behandelnden Ärzte hinweg die Krankengelder und sonstigen Ausgaben für die Rassenmitglieder auf das denkbar niedrigste Maß hinabzubrüden.

Den einfachen Kassenärzten wird es dadurch unmöglich gemacht, ihre Krankenpraxis nach bestem Wissen und Gewissen durchzuführen. Und da die Zulassung zur Kassenpraxis bedeutend erschwert worden ist, sind die Ausichten der Jungärzte geradezu trostlos geworden.

Die Notverordnung bedeutet also einen gewaltigen Schritt zur weiteren Verelendung der Werktätigen und zur Umwandlung der Rassenwirtschaft in Aufsichtsorgane des kapitalistischen Staates und des Unternehmertums.

Zum großen Teil sind die Verschlechterungen im Kassenwesen von der sozialdemokratischen Kassenbürokratie (Rehmann u. a.) betrieben worden. Die ärztlichen Standesorganisationen, die an sich zum Kampf gegen die Notverordnung berufen wären, sammeln zwar hohe Beiträge zum Kampf gegen die Notverordnung, begnügen sich aber mit papiernen, leichten Protessen.

Demgegenüber ist es notwendig, die breitesten Massen der von der Notverordnung betroffenen Volksschichten zu einer starken, geschlossenen Protestbewegung zu mobilisieren. Im Reichstag wurde der Antrag der Kommunistischen Partei auf sofortige Aufhebung der Notverordnung am 18. Oktober abgelehnt. Nur der schärfste Druck der Massen kann verhindern, daß dieser Antrag in einem Ausmaß begraben und die gesundheitliche Not der Massen verewigt wird.

Die Notverordnung muß fallen. Ärzte und Versicherte, Apotheker, Schwestern, Heilgehilfen, Sanitätsarbeiter! Wehrt euch alle gegen diesen Anschlag auf die Volksgesundheit!

Zur Organisierung des Massenprotestes gegen den Raub der Krankenunterstützung, für die restlose Beilegung der Notverordnung hat sich das unterzeichnete Kampfkomitee gebildet:

Dr. med. Reni Begun; Dr. med. Blumenthal-Barby; Minna Ewert, Krankenschwester; Dr. med. H. Erdmann; Dr. med. Ernst Eyllenburg, Chirurg und Frauenarzt; Dr. med. Kurt Hildschinsky, Kinderarzt; Dr. med. Martha Ruben-Wolf; San.-Rat Dr. med. Hans Spiro, Augenarzt; Dr. med. H. Stabel, Frauenarzt.

Zustimmungserklärungen, Material über die Auswirkungen der Notverordnung und Geldspenden sofort erbeten an:
Dr. Wilhelm Swienty, Berlin C., Alexanderstr. 14c.

Unterstützt das Kampfkomitee gegen die Krankenkassen-Notverordnung! Helft bei der Organisierung des Massenprotestes.

Eisenbahner für die streitenden Berliner Metallarbeiter

Leipzig, 27. Oktober. (Eig. Bericht.) Am 25. und 26. Oktober tagte hier eine Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner Deutschlands, welche zu dem Kampf der Berliner Metallarbeiter Stellung nahm.

In einem Telegramm begrüßten die Eisenbahner den heldenhaften Kampf und sprachen den streitenden Metallarbeitern ihre Verbundenheit aus, und gelobten, durch sofortige Durchführung von Sammlungen in den Betrieben den streitenden Metallarbeitern zu helfen.

Eine auf der Konferenz für die Streitenden durchgeführte Geldsammlung brachte einen Betrag von 48.50 Mark ein.

Kapps Komplize Severing

„Der General v. Watter hat folgendes Telegramm bekommen: Bitte Severing, wenn entbehrlich, veranlassen, sofort zu wichtiger Besprechung zu mir herzukommen. gez. Kapp.“

Später habe ich erfahren, daß mir die Rolle des Reichswirtschaftsministers im neuen Kabinett zugeordnet war.“ (Dieses Zitat stammt aus dem Buche Severings: „Im Wetter- und Watter-Winkel“ S. 139.)

Ein Stück Selbstgeständnis dieses sozialfaschistischen

**Freundes der Putschisten wie Watter
und Konsorten!**

Arbeiter! Sozialdemokratische Proleten! Hatte die „Rote Fahne“ nicht recht, als sie schrieb, daß Severing, den die Kapp und Kumpare für würdig hielten, die kämpfenden Arbeiter mit ihnen gemeinsam niederzuschlagen, in jedes noch so reaktionäre,

In jedes faschistische Kabinett paßt

Brüning holt zum nächsten Schlag aus

Der Raub-Etat 1931

Eine halbe Milliarde für inziale Zwecke gestrichen — Arbeitslose und Kriegssopier werden beraubt — Dafür eine Milliarde Steuererlöse für den Besitz

Die Brüning-Regierung hat in ihrer letzten Sitzung den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1931 verabschiedet. Was in dem berühmten Brüning-Programm angekündigt wurde, wird hier verwirklicht. Das Hauptmerkmal: Abbau der Sozialpolitik, damit der Großindustrie und den Großagrarern Steuererlöse gemacht werden können. Heute nur die wichtigsten Ziffern:

Gegenüber dem Notetat werden 1,135 Milliarden Mark „eingespart“, und zwar:

- 270 Millionen bei der Arbeitslosenversicherung,
- 120 Millionen bei der Sozialversicherung,
- 96 Millionen bei der Kriegssopferversorgung,
- 4,5 Millionen bei der Zivilversorgung,
- 10 Millionen beim Wohnungs- und Siedlungswesen,
- 40 Millionen bei den Ausgaben für die Grenzgebiete,
- 200 Millionen bei den allgemeinen Reichsausgaben,
- 100 Millionen durch Verminderung der Steuerüberwälzung an die Länder und Gemeinden, die dadurch ihren wachsenden sozialen Verpflichtungen (steigende Ziffern der Wohlfahrts-empfänger) noch weniger nachkommen können als bisher.

Die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von 575 Millionen Mark fallen vollkommen weg.

Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit wird aber sofort klar, warum „gespart“ wird. Bei der allgemeinen Steuer-

verwaltung hat man in Erwartung der weiteren Steuererlöse-gebung bei den Besitz- und Verchrosteuern 977 Millionen Mark, also fast eine Milliarde weniger, eingelegt. Hierunter ist die Verminderung der Ausbringungsumlage um 120 Millionen Mark und mehr als 200 Millionen Mark durch den Abbau der Kapitalertragssteuer und der Obligationsteuern. Das Reichswehrministerium meldet einen Mehrbedarf von 10 Millionen Mark an, die Luftfahrt von 800 000 Mark und die Versorgung ausgebildeter Reichswehraugehöriger weitere 5 Millionen Mark.

Die arbeitenden Massen Deutschlands müssen unter Führung der Kommunistischen Partei ihren Kampf gegen das Brüning-Kabinett verschärfen. Die Verbreiterung der Kampffront des Metallarbeiterkreises ist eine der wichtigsten Kampfhandlungen auch gegen diesen aufreizenden Etat der Brüning-Regierung. Die Forderungen der Kommunistischen Partei sind bekannt:

Einstellung der Young-Zahlungen, Streichung der Ausgaben für Reichswehr, der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei, aller Subventionen, aller Gehälter und Pensionen über 8000 bzw. 6000 Mark, aller Ausgaben für Kirche, Zensur, Zeno, Siedlungswesen, eine Sondersteuer für die Millionäre und großen Einkommen über 50 000 Mark, Besteuerung der Dividenden und Aufsichtsratsaktien. Diese Kampfhandlungen der Kommunistischen Partei werden Mehreinnahmen bzw. Ersparnisse von mehr als 7 Milliarden bringen.

Rudolf Margies ist frei!

Am Sonntag hat Genosse Margies das Gefängnis verlassen!

Böhm, 27. Oktober. (Eig. Drahtber.) Gestern wurde unser Genosse Rudolf Margies nach einer mehr als sieben-jährigen Kerkerzeit aus dem Böhmer Zentralgefängnis entlassen. Er, dessen Kopf zweimal vom Staatsanwalt gefordert wurde, den die Bourgeoisie aus tiefer Ueberzeugung haßt, kommt als aufrechter und standhafter revolutionärer Kämpfer in die Reihen des Proletariats zurück. Die Brutalität der Klassenjustiz konnte seinen starken Willen und seine tiefe Ueberzeugung für den Kampf der unterdrückten Massen zur Befreiung vom Kapitalismus nicht brechen.

Genosse Margies wurde von den Genossen Florin,

Saefkow und vom Bezirkssekretär der Roten Hilfe, dem Genossen Behrend, abgeholt. Genosse Florin überreicht im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und der Bezirksleitung Ruhrgebiet dem mutigen, selbstlosen Kämpfer einen großen Blumenstrauß von blutroten Nelken. Gleichzeitig wurde der politische Gefangene Theo Gbers, der zweimal zum Tode verurteilt war, freigelassen.

Die Ruhrbergarbeiterhaft wird den Genossen Margies schon in den kommenden Tagen in großen öffentlichen Versammlungen begrüßen. Am kommenden Dienstag spricht der Genosse Margies vor der Böhmer Arbeiterschaft, am Mittwoch in Hamborn, am Donnerstag in Gelsenkirchen, am Freitag in Essen am Sonnabend in Duisburg.

Polizeibeamte verbrüderern sich mit Streikposten

Polizeioffiziere hetzen gegen den Metallstreik — Die unteren Beamten unterstützen die Sammelaktion

Berlin, 27. Oktober (Eig. Bericht.)

In der vergangenen Woche berichtete die Streikzeitung bereits über Kundgebungen der Solidarität unterer Polizeibeamter mit den streikenden Metallarbeitern. In den letzten Tagen haben erneut viele einfache Polizeibeamte ihrer Sympathie zum Metallarbeiterstreik offen Ausdruck gegeben. Aus der Fülle der Berichte veröffentlichen wir einige besonders charakteristische Beispiele.

Am Montag vergangener Woche versuchte ein „Polizeilicker“, Streikbrecher in den Siemensbetrieb zu bringen. Als die Streikposten sich gegen die Streikbrecher und den Führer des Polizeiautos wendeten, kamen ihnen Polizeibeamte zu Hilfe. In teilweise recht dröhnigen Worten forderten diese Beamten die Streikbrecher auf, sofort zu verschwinden. Auf ihre Aufforderung hin lehrte der Chauffeur des Führers — der von einem Offizier mit dem Transport der Streikbrecher beauftragt worden war — seinen Wagen um und fuhr wieder in die Kaserne.

Auf einer Polizeiwache im Westen Berlins wurde von 35-Sammlern gesammelt. Mehrere Polizeibeamte gaben für die Unterstützung der Streitenden Geld. Die anderen Beamten drückten ihre Sympathie mit der NSD, offen aus. In ein 35-Sammeltotal im Norden kam ein Polizeibeamter in Uniform und brachte Brot und einen alten Mantel für die Streitenden zur Unterstützung.

Die vor dem Betrieb Druckenmüller, Tempelhofer, eingekerkerten Polizeibeamten verbrüdereten sich mit den Arbeitern und wurden deshalb ausgewechselt. Die jetzt vor dem Betrieb postierten Beamten werden dauernd von den Offizieren kontrolliert und gehen teilweise sehr brutal gegen die Streikposten vor. Diesen Polizeibeamten wird klargemacht werden, daß sie auf die Seite der Arbeiter gehören.

Mit allen Mitteln der Lüge und Hege versuchen die faschistischen und sozialfaschistischen Offiziere, die Polizeibeamten gegen die Streikposten aufzuheben. Ist genug gelingt ihnen das. Die Arbeiterhaft wird dafür sorgen, daß die Absichten der Offiziere zunichte werden. Viele Betriebe in allen Unterbezirken haben sich in Flugblättern und Diskussionen an die Polizeibeamten gewandt. In einem Appell der Belegschaft der Norddeutschen Kabelwerke heißt es:

„Polizeibeamte, wenn der Streik durch Schieds- spruch für ungesetzlich erklärt wird, werdet ihr unter dem Kommando eurer reaktionären Offiziere noch schärfer auf uns Arbeiter gehecht werden. Wir rufen euch zu: Unser Kampf ist euer Kampf. Schützt nicht die Reichen, kämpft mit den Armen. Kämpft gegen Gehaltsabbau, verbrüderet euch mit den Arbeitern!“

Schwere Wirtschaftskrise in Italien

Die Wirtschaftskrise im faschistischen Italien verschärft sich in den letzten Monaten immer mehr. Die Agrarkrise, von der Italien schon seit langer Zeit betroffen ist, wird jetzt durch eine immer ärgerere Krise der Industrie ergänzt.

Von dieser Krise sind alle Industriezweige betroffen mit alleiniger Ausnahme des Schiffbaus, der durch den immer stärker werdenden Ausbau der italienischen Kriegslotte gut beschäftigt ist, so daß sogar die Zahl jener Belegschaften, die Ueberstunden leisten, um vier Prozent zugenommen hat.

Dagegen sind gerade die wichtigsten Industriezweige von der Krise am stärksten betroffen. Dies gilt ganz besonders von der Eisenindustrie. Der Rückgang der Produktion von Roheisen beträgt gegenüber dem Vorjahr nicht weniger als 30 Prozent, der Rückgang der Stahlproduktion und der Produktion der Walzwerke je 20 Prozent. Die arge Lage des Baumarktes hat sich auch auf die Produktion von Baustoffen, insbesondere auf die Zementindustrie, verhängnisvoll ausgewirkt.

Seit dem Frühjahr 1930 ist auch die Hochkonjunktur, die in den letzten Jahren in der Papierindustrie geherrscht hatte, fast beendet, die Produktion geht seit damals andauernd stark zurück.

Seit dem Juni 1930 ist auch die Kunstseidenindustrie

Italiens, die zweitgrößte der Welt, von der Krise der europäischen Kunstseidenindustrie erfaßt. Die Produktion mußte erheblich eingeschränkt werden, da die Ausfuhr, die im ersten Halbjahr 1929 noch 324 Millionen Lire ausgemacht hatte, im ersten Halbjahr 1930 auf 324 Millionen zurückgegangen war. Nur nach Deutschland stieg die Ausfuhr im Jahre 1930, während sie nach den Vereinigten Staaten, Indien und China besonders stark zurückging. Die Preise stiegen dabei um fast 10 Prozent. Der Rückgang der Produktion führte zu einer Herabsetzung der Anzahl der Beschäftigten um ein Zehntel.

Londoner Arbeiter demonstrieren für ihr Programm

London, 27. Oktober. Am Vorabend der Eröffnung der neuen Parlamentssession hat die K.P. Großbritanniens die Londoner Arbeiter zu einer Demonstration für die „Charte“ der Arbeiter (das Programm der Minderheitsbewegung und der K.P. Großbritanniens) und gegen die Labour-Regierung aufgerufen. 5000 Arbeiter marschierten aus allen Teilen Londons mit zahlreichen roten Fahnen und Transparenten zum Trafalgar Square, wo die Genossen Tom Man, Harry Pollitt, Joe Scott und andere sprachen, die von den Demonstranten enthusiastisch begrüßt wurden, vor allem als sie die Forderungen der „Charte der Arbeiter“ darlegten.

„Widerfönnig und verbrecherisch“

Sozialdemokraten miffen die Dumpinghege gegen die Sowjetunion anprangern

Riga, 27. Oktober. Das Zentralorgan der lettischen Sozialdemokratie, „Sozialdemokrata“, schreibt in einem Artikel über die sowjetrussische Ausfuhr:

„Die Sowjetunion treibt auf dem lettischen Markt kein Dumping. Der Anteil der Sowjetunion an unserer Einfuhr betrögt 4 bis 5 Prozent, wobei die Sowjetunion nur solche Waren einführt, die in Lettland nicht erzeugt werden. Es kann daher keine Rede davon sein, daß die Sowjetunion unsere Wirtschaft durch Dumping desorganisiert. In jenen Branchen, in denen die Sowjetunion dieselben Waren wie die westeuropäischen Länder verkauft, sind die Preise des Sowjethandels nicht niedriger als die Preise anderer Staaten.“

Dabei ist zu bemerken, daß Polen, das nach Lettland Petroleum ausführt, Dumping betreibt, indem es sein Petroleum in Lettland zum Preise von 11 Lat 30 Centimes für 100 Kilogramm absetzt, während dasselbe Petroleum in Polen für 28 Lat 20 Centimes zum Verkauf gelangt. Das gleiche gilt für den nach Lettland eingeführten polnischen Zement.

Finnland verkauft auf dem lettischen Markt seine Stoffe 15 bis 20 Prozent billiger als auf dem einheimischen Markt. Das tschechoslowakische Schuhwerk wird bei uns in Lettland 17 Prozent billiger verkauft als in der Tschechoslowakei.

Dumping treiben unsere anderen Nachbarländer, aber nicht die Sowjetunion. Alle Sünden werden der Sowjetunion zugeschrieben. Damit wird lediglich der Zweck verfolgt, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion zu verhindern. Vom Gesichtspunkt der Interessen des lettischen Volkes ist eine solche Politik widerfönnig und verbrecherisch.“

Antwerpen, 27. Oktober. Die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Antwerpens protestierten in einem Telegramm an die Regierung gegen das Dekret der belgischen Regierung, das die Einfuhr aus der Sowjetunion nach Belgien bedeutend einschränkt.

Zehntausend Arbeitslose für das Programm der K.P. d. U.S.A.

New York, 27. Oktober. 10 000 Arbeitslose versammelten sich trotz Verboies auf dem Marktplatz von Detroit, wo sie den Entwurf eines Gesetzes zur Arbeitslosenunterstützung, das von der K.P. der U.S.A. ausgearbeitet wurde und propagiert wird, gutheissen und einen Ausschuß wählten, dem auch Neger angehören, welcher die weitere Führung dieser Kampagne leiten wird.

Anschließend an die Kundgebung demonstrierten die Arbeitslosen zum Rathaus; der Ausschuß, der sieben gewählt worden war, trug dem Bürgermeister die dort enthaltenen Forderungen vor.

Die von Hoover zur Lösung des Arbeitslosenproblems gemachten Vorschläge, die die Wiedereinstellung der Arbeitslosen durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bei entsprechender Lohnkürzung vorsehen, werden überall von Arbeitern und Arbeitslosen abgelehnt, weil in diesem Vorschlag mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, daß die Lösung der Krise auf Kosten der Arbeiter vorgenommen werden soll.

Der Leiter des Wohlfahrtsamtes von Chicago läßt verlauten, daß er mit dem schlechtesten Winter seit 1866 rechnet.

Der Vorsteher des New Yorker Arbeitslosenamtes bezeichinet die Zahl der Arbeitslosen New Yorks mit 800 000.

Im Staate Neusüdwales (Australien) hat der linke Flügel der Sozialdemokraten einen Wahlsieg errungen. Er wird in einem Parlament von neunzig Mitgliedern eine Mehrheit von achtzehn Stimmen haben, während er im vorigen Parlament mit sechs Stimmen in der Minderheit war.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

24. Fortsetzung.

„Arbeiten sollst du lieber gehen! Die Blagen gehen nach! Nichts zu fressen haben wir!“

„Die Genossen in der Regierung klagen nicht darüber! Sie werden satt! Sie brauchen wohl auch nicht zu frieren! Aber wir sind nur Proleten!“ erwiderte er und pußte das Gewehr fertig.

Sie konnte sich nicht beruhigen, weinte und schimpfte. Sie konnte es sich nicht erklären, was ihren Mann zu der Wandlung bewegen hatte. Sie glaubte, es sei eine Laune, und versuchte, sich damit zu beruhigen. Dann aber wieder, wenn sie aneinander gerieten, merkte sie, daß er diesmal nicht der alte, geduldige, nachgiebige Mensch war. Der unterdrückte Prolet war in ihm erwacht. „Also, du tennst bewußt in dein Unheil!“ sagte sie müde.

„Es ist der einzig richtige Weg!“ erwiderte er fest. „Ich gehe nur den Weg, den einmal unsere Partei auch für den richtigen hielt.“

15.

Die Wanduhr in der Wachsstube schlug siebenmal. Die Verwandten waren fleißig und totmatt vom Stehen und „Auf-die-Wand-stieren“. Es war eine furchtbare Nacht. Dieses Hin- und-Her-Gehen nach der Stadt, dieses Warten auf den Schuß, von dem ihr Leben abhing! Wenn die Qual noch länger so anhält, mußte man wahnsinnig werden. Geschlagen wurden sie nicht mehr. Man brauchte sie ja auch nicht zu schlagen, das Warten war entsetzlicher als alle Schläge. Es ging ja um Leben und Tod.

Dreistündiger Straßentamp in Bombay

Macdonalds Polizeikolaten zurückgedrängt — Heldennut indischer Arbeiterinnen

Bombay, 27. Oktober. Gestern bewegte sich eine unübersehbare Menschenmenge zum Central-Maiden, einem großen Platz in Bombay, wo eine gewaltige Kundgebung gegen den englischen Imperialismus stattfand. Als die Polizei in außerordentlich großem Aufgebot provokierte, forderten die nationalistischen Führer die Menge zur Räumung des Platzes auf. Die Massen wandten sich jedoch geschlossen gegen die Polizei, die nach bürgerlichen Berichten „den Demonstranten gegenüber vollkommen zur Ohnmacht verriekt war“. Es prasselte eine solche Steinbombardement auf die Macdonald-Soldaten nieder, daß sie ihre Waffen nicht gebrauchen konnten. Am aktivsten zeigten sich die indischen Arbeiterinnen.

In den Nebenstraßen wüteten die Polizeikolaten erbarmungslos. Mehr als 250 Personen, viele Frauen und Jugendliche,

wurden verwundet, 155 außerordentlich schwer. 81 Personen wurden verhaftet, darunter 59 Frauen.

Als die Massen vom Maiden-Platz zurückdrängten, kam es abermals zu heftigen Zusammenstößen. Die Straßentämpfe dauerten insgesamt drei Stunden an.

In Mymensing in Bengalen wurden 64 Personen zu Gefängnis von zwei bis 24 Monaten verurteilt.

Serbische Matrosen meutern

Belgrad, 27. Oktober. Die Mannschaft des dem südslawischen Lloyd gehörenden Dampfers „Njegus“, der sich zur Zeit in indischen Gewässern befindet, ist in den Streik getreten und weigert sich, das Schiff nach Spalato zurückzubringen. Die Mannschaft fordert eine Lohnaufbesserung von 100 Prozent.

In Odessa (Sowjetunion) wurde eine Universität für die kollektivwirtschaftlichen Wissenschaften eröffnet.

Partei der Saboteure ausgehoben

Das siegreiche Proletariat duldet kein Sabotage am sozialistischen Aufbau

Moskau, 27. Oktober. Die Staatliche Volkswirtschaftliche Verwaltung hat, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, eine gegenrevolutionäre Geheimorganisation aufgedeckt, die sich vornehmlich aus Ingenieuren zusammensetzte und die Bezeichnung „Industriepartei“ führte. Diese Organisation erstrebte, so heißt es in der Takmeldung weiter, eine künstliche Erzeugung einer Krise durch schädigende Taten an allen Wirtschaftsgebieten, wobei die Krise im Augenblick eine ausländischen Intervention zum Ausbruch gelangen sollte.

Diese Organisation stand mit der Emigrantenzentrale in Paris, die sich „Handels- und Industriekomitee“ nennt (Denisow, Fufassow, Kibel, Montaschew u. a.) in Verbindung und erhielt von ihr Weisungen. Die führenden Mitglieder der „Industriepartei“: Kamsin, Larischew, Fedotoff, Tschernowost, Kuprianoff, Kassinoff u. a. wurden verhaftet. Sie haben über die Tätigkeit der Organisation in der Sowjetunion und in Paris ein Geständnis abgelegt. Die Angelegenheit ist dem Obersten Gerichtshof überwiesen worden und wird in nächster Zeit zur Verhandlung kommen.

Eine Milliarde Rubel für den Industrieaufbau in drei Monaten

Moskau, 27. Oktober. Die Sowjetregierung hat für den Industrieaufbau in dem letzten Quartal des laufenden Jahres, dem „besonderen Vierteljahr“ nach der Umstellung des Wirtschaftsjahres auf das Kalenderjahr, 965 Millionen Rubel bewilligt. Außerdem wurde ein besonderer Reservebetrag in Höhe von 100 Millionen Rubel vorsehen, der auf besondere Verfügung des Rates der Volkskommissare zur Verwendung gelangen soll.

Von dem gesamten Betrag, der für den Industrieaufbau bereitgestellt wurde, sind für die Schwerindustrie 865,4 Millionen Rubel bestimmt. Der Oberste Volkswirtschaftsrat betont, daß im Laufe dieses Quartals die völlige Liquidierung sämtlicher Brechen bei der Ausführung des Jahresplans und eine Verbilligung der Bauarbeiten um 8 Prozent erzielt werden muß.

Massenbesuch der Wahlversammlungen der K.P. Oesterreichs

Wien, 27. Oktober. In mehreren Arbeiterbezirken Wiens fanden starke Propagandamaßnahmen statt. Überall wurden diese Züge von der Arbeiterbevölkerung mit größter Begeisterung begrüßt. Insbesondere begrüßten in Favoriten die Arbeiter auch aus den Fenstern durch Zurufe den kommunistischen Propagandabag.

An anderen Stellen fanden illegale Versammlungen unter freiem Himmel statt, wo überall viele hunderte von Arbeitern sich sammelten und den Reden der kommunistischen Redner zuhörten. Auch aus der Provinz kamen Berichte über Massenbesuch in allen kommunistischen Wählerversammlungen.

Der Polizeiterror gegen die Propaganda der kommunistischen Partei wächst. Heute wurde eine Wahlbroschüre an die sozialdemokratischen Arbeiter, in der Anklage gegen die veräterische Politik der österreichischen sozialdemokratischen Führer erhoben wird, beschlagnahmt. Gegen den Verantwortlichen dieser Broschüre, den kommunistischen Kandidaten Bauarbeiter

Garrer, hat der Staatsanwalt wegen Hochverrats eines Haftbefehl erlassen.

Ein alter Bolschewik tot

Genosse Pöletajew gestorben

Moskau, 25. Oktober. Nach langer Krankheit ist ein alter Bolschewik, der Metallarbeiter Pöletajew, gestorben.

Von den Petrograder Arbeitern während des Zarismus in die 3. Duma gewählt, war Pöletajew dort der Führer der bolschewistischen Fraktion. Besonders groß waren die Verdienste Pöletajews um die Schaffung der bolschewistischen Arbeiterpresse noch während der Zarenzeit. Unter seiner aktiven Mitarbeit wurden die Zeitungen „Swesda“ und „Srawda“ geschaffen und herausgegeben, die bei der Vorbereitung der Oktoberrevolution eine so bedeutende Rolle spielten.

Ein französisches Militär-Flugzeugabgewrackt mit General Armengaud und sechs höheren Offizieren traf in Madrid ein, wo sich bekanntlich der französische Kriegsminister bereits aufhält.

Franz Kreuzat verdickte der Speichel im Munde. Er glaubte oft zu ersticken. Und die Zunge! Bewegte er sie, war der mühtende Schmerz wieder da. „Nur einen Tropfen Wasser.“ Der Wunsch quälte ihn seit Stunden.

Auch die anderen Gefangenen plagte der Durst. Franz hörte den Karl Pomodny knirschen. „Ich ersticke!“ flüsterte er heiser. Karl Pomodny hatte einmal einen der Grünen um Wasser gebeten. „Das gibt es nicht!“ sagte der, „Wasser kriegste nur, wenn du sagst, was ihr die Nacht vorhattet!“ Karl Pomodny verzichtete auf das Wasser. „Dann krepiere ich eher“, sagte er. „Aber keinen Genossen mehr in eure Klauen!“

Mahler hustete trocken. Er blickte verzweifelt zu den anderen hin. „Eine Ewigkeit dauere! Ich falle bald um — verflucht!“ Es durfte nur geflüstert werden. Die Grünen paßten trotz ihrer Schlaftrigkeit auf. Der Rudi taumelte im Halbschlaf wie ein Pendel hin und her. Der Schwarze mühte sich, nicht umzufallen. Auch der Sechste, der Junge, stöhnte.

Es war ein schmaler, blasser Lehrhauer von Zollverein. Die Grubenluft hatte schon die Farbe der Jugend aus seinem Gesicht gelogen. Nun sah es fast grünlich aus. In den müden, trostlosen Augen, die sich zuweilen hilflos dem Schwarzen zuwandten, brannte Fieber.

Einer von den Grünen gähnte krächzend und machte die Blendladen auf. Grautrübes Licht trat in den dunstigen Raum. Der kalte Luftzug berührte die brennenden Gesichter, kühlte die aufgeschlagenen Wunden. Der Morgen erwachte sie aus der Erstarrung.

„Es ist Tag!“ — flüsterte Karl Pomodny. „Was kommt jetzt?“

„Ja, was?“ — ging es durch die Gedanken der Wartenden. „Na, ausgeschlafen?“ — Ein Stoß in Franzens Rücken. Er schrak zusammen. Dann stieg es heiß in seinen Kopf. „Der Anfang!“

„Reht!“ Sie drehten sich schwerfällig herum. Zwickelten da ihre Augen das plötzliche Licht nicht vertragen konnten. Und der Britische rästelte sich die verschlafenen Grünen. Sie gähnten und saßen feindselig nach den Gefangenen hinüber.

„Wegen euch, ihr Schweine, muß man sich hier herumdrücken! Wartet!“ sagte einer. Sie holten frisches Wasser herein und tranken. Das Wasser floß ihnen die Mundwinkel herab, tropfte auf den schmutzigen Fußboden. Franz hätte gern die Tropfen aufzulesen, die da herabfielen.

„Kann ich einen Schluck bekommen?“ Er stotterte. Die Junge stieß an. Er hätte aufbrüllen mögen vor Schmerz, so weh tat ihm die.

„In die Presse kannst du eins kriegen!“ sagte der Grüne, der zuletzt getrunken hatte.

„Na, gib ihm schon was!“ sagte ein anderer, der nicht so roh zu sein schien. Franz sah hin. Ein feines, fast mädchenhaftes Gesicht. In den Augen des Polizisten lag etwas wie Mitleid. Er griff nach dem Krug.

„Rein!“ schnauzte der erste: „Sie sollen reden, was sie die Nacht wollten!“ Er entriß ihm den Krug und stellte ihn wieder fort. Der junge Polizist zuckte mit den Schultern und machte den Gefangenen eine verstockene Gebärde, es sollte wohl heißen: „Ich trage keine Schuld.“ Dann ging er hinaus.

Der Wachhabende sah nach dem Schwarzen hin. Der war einen Schein blässer, doch noch ebenso ruhig wie vor Stunden. „Koch immer nicht überlegt?“ — fragte der Grüne.

„Ich habe nichts zu überlegen!“ erwiderte der Schwarze.

„Sie könnten dadurch frei kommen!“

Um den Mund des Schwarzen huschte ein spöttisches Lachen: „Mit Speck fängt man Mäuse!“

„Hat keinen Zweck!“ brummte ein anderer Grüner. „Wenn Sie das Maul nicht aufmachen, kriegen Sie eine gebrennt!“

„Dann müßt ihr euch beissen, daß euch nicht andere zuorommen!“ Der Schwarze war ungedröckert. Er fand selbst in der furchtbaren Lage den Mut, sie zu verhöhnen.

Franz lief ein Schauer über den Rücken. Und doch, sah er diesen Genossen an, dann krühte auch auf ihn die Kraft und der Trost über.

Nicht nur ihn allein, auch die andern machte es härter. Sie wöhnten nicht mehr. Sie standen mit aufeinandergebiessenen Zähnen da. Mag kommen, was will! Franz Kreuzat beschäftigte sich mit dem Gedanken, daß er sterben müßte. Er dachte sich in die Vorstellung hinein, ganz ernsthaft. Er wünschte sogar, daß es bald geschähe. Hatte er es sich nicht oft im Felde, in den trübsinnig geführten Offensiven gewünscht, als er hoffnungslos inmitten der zerrissenen toten und abgehenden, sterbenden Soldaten lag? Als die Schützengrabengänge wimmerten: — Gasalarm! — Und er mit seiner unabhängten Nase an den Seilen herumtröck, um eine gute zu finden? — Wenn ihm der Stiel vor dem Leichengestank die Gedärme umdrehte!

(Fortsetzung folgt.)

Der Grubenmord von Maybach

Die Hundert Todesopfer des Profits — Wie im Wurm-, so im Saarrevier: Völlig ungenügende Sicherheitsmaßnahmen — Saarkumpels beschließen eintägigen Proteststreik

Wie wir bereits kurz berichteten, ereignete sich am Sonnabend, also an dem Tage der Beerdigung der 262 Opfer von Alsdorf, eine neue furchtbare Schlagwetterexplosion auf der Saargrube Maybach. Nach den zuletzt hier vorliegenden Meldungen hat dieser neue Massenkumpelmord des rücksichtslos über Berge von Leichen schreitenden Grubenkapitals bisher 99 Todesopfer gefordert, doch ist bestimmt damit zu rechnen, daß sich diese grausige Zahl noch bedeutend erhöht. Außer den bisher geborgenen 85 Leichen und drei ihren Verlegungen Erlegenen sucht man zur Zeit an einer noch nicht zugänglichen Stelle im Schacht vier weitere Tote. Außerdem werden noch sieben Bergleute vermisst, die sich ebenfalls in dem brennenden Stollen befinden und als tot gelten müssen. Wie in Alsdorf, so sind auch hier die Opfer der Profitgier auf das entsetzlichste entsetzt, zerlegt und zerstückelt. Unser Genosse, der Landtagsabgeordnete Gustav Sobotta, den diese neue Katastrophe auf das entsetzlichste entsetzt, zerlegt und zerstückelt. Unser Genosse, der Landtagsabgeordnete Gustav Sobotta, den diese neue Katastrophe auf das entsetzlichste entsetzt, zerlegt und zerstückelt. Unser Genosse, der Landtagsabgeordnete Gustav Sobotta, den diese neue Katastrophe auf das entsetzlichste entsetzt, zerlegt und zerstückelt.



Wie in Alsdorf: „Ist unser Vater dabei?“



Toter Maybach-Kumpel wird fortgeschafft

Ungeheuer verlotterte Wetterführung

Saarbrücken, 27. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Schlagwetterexplosion in Maybach hat ihre Ursache in einer unglücklich verlotterten Wetterführung. Der Querschlag, der vom Albert-Schacht zum Sengwald-Schacht führt, ist in einer Länge von 300 Metern überhaupt nicht bemettert worden. Hier haben seit langem Schlagwetter gestanden, die auch der Grubenleitung bekannt waren. Von dem Querschlag aus wurden mehrere Abteilungen abgebaut, fast alle hatten keine eigene Wetterführung, sondern eine sogenannte Sonderbemetterung. Die Sonderbemetterung war in keiner Weise ausreichend, deshalb fanden auch vor Betriebspunkten dauernd Schlagwetter.

Am 11. Oktober haben die Arbeiter aus der Abteilung 10 bereits gestreikt, weil vor ihrer Arbeit eine Hitze von 34 Grad war und ständig Schlagwetter standen. Fortgesetzt wurden auch aus den anderen Abteilungen Beschwerden geführt, die Grubenverwaltung tat jedoch nichts, um die Missetände abzustellen.

Die Kumpels krepieren — die Verwaltung diskutiert

Am Sonnabend, dem 25. Oktober, früh, gab die Verwaltung wegen der an diesem Tage besonders starken Gefahr, die Anweisung, keine Benzolampfen mit in die Grube zu nehmen. Am Sonnabend nachmittag jedoch wurde diese Anweisung wieder aufgehoben. Warum, weiß keiner. Einige Stunden später erfolgte dann die Katastrophe. Wie vermutet wird, ist die Zündung durch die Lampe einer Preßluftlokomotive entstanden. Das geschah um genau 15.15 Uhr. Die Verwaltung jedoch, statt sofort mit allen verfügbaren Kräften das Rettungswerk in Angriff zu nehmen, hielt vorerst eine Sitzung ab, um zu diskutieren und zu beraten, was wohl zu tun sei. Erst um 18 Uhr wurde diese Sitzung beendet und die Rettungsarbeiten in Gang gesetzt.

Während also unten in der Katastrophengrube fast hundert

Kumpels am Krepieren waren, diskutierten die Mörder. Durch diese unglückliche Sabotage des Rettungswerkes wurden die ersten Helferkolonnen erst um 18 Uhr alarmiert. Die sich freiwillig zur Rettung meldenden Arbeiter, samaritaner, die, wie das heroische Beispiel Alsdorf gezeigt hat, die mutigsten und aufopferungsfähigsten Helfer waren, wurden von der französischen Grubenverwaltung brüskt fortgejagt. Das Rote Kreuz dagegen, das um 6 Uhr antrat, mußte erst des längeren und breiteren instruiert werden, so daß auch dadurch unersehbar Zeit unwiederbringlich verloren ging. Erst nach Stunden konnten die ersten Rettungsarbeiten beginnen.

Auf allen Gruben des Saarreviers rufen die Bergarbeiter zum Proteststreik am Beerdigungstage. Die zahllosen Dubeiler und auch Wiebelskirchen beschloßen als erste, einen eintägigen Proteststreik durchzuführen. Am Montag fanden überall Bergarbeiterversammlungen statt, in denen der Abwehrwillen der Bergarbeitermassen gegen weitere Grubenmorde mit elementarer Leidenschaftlichkeit zum Ausdruck kam. Die Beerdigung der Opfer findet Mittwoch, den 29. Oktober, vormittags, statt.

Bereitete berichten

Einer der Bergleute hat seinen Kameraden eine Strecke mitgeschleift, ehe ihn giftige Gase zwangen, seine Last abzuwerfen. Erschütternd die Szene, wie ein Jahrgänger seine Grubenlampe fordert; er will zurück in den Schacht, will vordringen in das undurchdringliche Dunkel durch die zusammengefügten Gesteinsmassen; denn er weiß, unten liegt sein Bruder. Drei Bergleute, die man schon zu den Vermissten zählte, waren lange Zeit in den Schwaden umhergeirrt, bis ihnen frische Luft den Weg zum Jungwaldschacht wies, aus dem sie dann ins Freie kamen. Die Hitze und die Schlagwetterchwaden machen die Arbeiten der Rettungsmannschaften außerordentlich schwer, die mit ihren Apparaten nur langsam vorwärtsbringen können. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß auch nur einer von den Eingekerkerten noch lebend geborgen werden kann. Dauernd befinden sich die Rettungsmannschaften im harten Kampf mit den Schwaden und trotz aller Anstrengungen begegnen sie nur Toten und Toten. Schauerlich ist der Anblick verbrannter und erstarrter Menschen.

Siebertöpfige Familie verbrannt

Schweres Brandunglück in Spanien

Madrid, 27. Oktober. Auf einem Landgut in der Nähe von Albaros brach am Sonntag ein schwerer Brand aus, wobei eine siebertöpfige Familie ums Leben kam.

Das Feuer dehnte sich mit rasender Geschwindigkeit auf die Nebengebäude des Gutes aus. Das Dach des Wirtschaftshauses, in dem ein Angestellter mit seiner Frau und seinen 5 Kindern wohnte, stürzte zusammen und begrub die Bewohner unter den Trümmern. Nach mehrstündigen Bemühungen gelang es, deren vollkommen verkohlte Leichen zu bergen.

Person so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

Bei dem Zusammenprall der beiden Maschinen wurde noch eine Radfahrerin, die mit ihrem Rade zwischen die Maschinen geriet, leicht verletzt. Einer der Motorradfahrer soll ohne Licht gefahren sein.

Auto vom Zuge mitgeschleift

Am dem Eisenbahnübergang in der Nähe von Böshy in Schweden wurde in der Sonntagnacht ein Auto vom Zuge erfasst und etwa 300 Meter weit mitgeschleift. Von den Insassen, einer aus sechs Personen bestehenden Familie, wurde eine Person sofort getötet und die übrigen fünf verletzt, davon mehrere lebensgefährlich.

Spanischer Dampfer gesunken

In der Nähe von Corrubedo stieß in der Nacht zum Montag der spanische Dampfer „Suto“ aus Bilbao mit einem noch unbekanntem Dampfer zusammen. Während der spanische Dampfer auf der Stelle sank, setzte der unbekannte Dampfer seine Fahrt fort. Die Besatzung konnte sich retten.

85 Personen an Fleischvergiftung erkrankt

In der Nähe von Saint Nicolas in Flandern erkrankten 85 Personen nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch. Von den Erkrankten ist eine Person bereits gestorben.

Wieder Erdbeben in Süddeutschland

Nach einer Meldung aus Stuttgart verzeichneten die seismographischen Instrumente am Sonntagmorgen zwei starke Erdbeben. Die Herdentfernung beträgt etwa 100 Kilometer.

RGÖ-Telegramm an Saarkumpels

Bergarbeiter, kämpft um euer Leben!

An den Betriebsrat der Zeche Maybach, Saarbrücken!

Aufs tiefste erschüttert von empfindlicher Katastrophe, die Euch getroffen hat, aufs höchste empört gegen das an diesem Massenmord schuldige Grubenkapital, sprechen wir Euch unser Mitgefühl aus. Begrüßen den Willen der Saarbergarbeiter, Proteststreik gegen das Mordsystem durchzuführen. Rufen allen Bergarbeitern zu, ihr Leben im Kampf zu verteidigen, der nördlichen Antreiberei schärfsten Widerstand zu leisten und bei mangelhaften Sicherheitsmaßnahmen geschlossen die Arbeit zu verweigern. Kämpft um die sofortige Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der sechsstündigen Schicht, kämpft um höhere Löhne für Eure gefährvolle Arbeit.

Euer Kampf ist ein Teil des großen Kampfes, den das deutsche Proletariat gegen das mörderische kapitalistische System führt. Scharf Euch um die RGÖ, die allein energisch für die Lebensinteressen der Arbeiter kämpft.

Werden Euch mit ganzer Kraft in diesem Kampf um Eure Lebensexistenz und Lebensinteressen durch Solidarität im ganzen Reich unterstützen. Reichskomitee RGÖ.

Unwetterkatastrophe in Smyrna

Bisher 25 Tote geborgen

Konstantinopel, 27. Oktober. In der Nacht zum Sonntag wurde die türkische Stadt Smyrna von einer furchtbaren Unwetterkatastrophe heimgesucht, die zahlreiche Todesopfer forderte.

Viele Häuser, deren Grundmauern von den Wassermassen unterhöhlt waren, stürzten ein und begruben die Bewohner zum Teil unter den Trümmern. Bisher gelang es, 25 Leichen zu bergen. Straßen- und Eisenbahnverkehr ist vollkommen unterbrochen. Man rechnet mit weiteren Todesopfern.

Sunglück in Neustrelitz

Vier Todesopfer

Neustrelitz, 27. Oktober. Am Sonntagabend stießen vor dem Eingang zur Gasanerie in Neustrelitz zwei Motorräder in voller Fahrt zusammen. Dabei wurden drei Personen leicht verletzt und vier Tote.

Breslau

Zyankali

Die „Na“ veranstaltet am Freitag, dem 31. Oktober, um 20 Uhr, im „Dell“-Theater eine Sonderaufführung des bekannten Komikens „Zyankali“. Eintrittspreise sind: Erwachsene 70 Pfennig, Erwerblose 60 Pf., und Nichtmitglieder proletarischer Organisationen 1 Mark.

Trotz alledem — wir marschieren

Für den gestrigen Abend rief die kommunistische Partei zu einer Kundgebung auf dem Neumarkt gegen den Faschismus und für die Aufhebung des NSD. Verbotes. Trotz des strömenden Regens und des Sturmes, der bereits am Sonntag angefangen hatte, und besonders stark während der Ansprache einsetzte, versammelten sich auf dem Neumarkt etwa 500 Arbeiter. Der Genosse Ulrich hielt die Ansprache. Zustimmung gab es zu erkennen, daß der Vorkampf der Breslauer Arbeiter trotz aller Schwierigkeiten bereit ist, den risikoreichen Kampf für die Befreiung des Proletariats zu führen. Die Schutzpolizei war mit acht und mehr Wagen vertreten. Gelegenheit zum Eingreifen hatte sie dank der starken Selbstdisziplin der Demonstranten nicht. Die Polizisten wurden lediglich infolge der unruhigen Anweisungen ihrer Offiziere unnötig nahe. Nach der Ansprache erfolgte der geschlossene Abmarsch nach den einzelnen Stadtteilen. Revolutionäre Kampflieder hallten trotz Regen und Sturm in den Straßen Breslaus. Wir marschieren — trotz alledem!

Baul Löbe hat einen Scherz gemacht

Als im Reichstage unser „großer Breslauer Mitbürger“ Paul Löbe zum Vorsitzenden vom Janzen gewählt werden sollte, gingen die Nazis an zu modern. Sie meinten, das nicht mitmachen zu können. Zwar ist Paul unbeschnitten — aber die Nazis wollten eben nicht. Sie hatten ein Paar in der Wahlzelle gefunden, und ausgerechnet der laipser Heim-Krieger Fried, der das große Wort von dem ersten bis zum letzten Tage in der bayrischen „Deimat“ mitgemacht hatte, warf Paulschen vor, ein „Kriegsdienstverweigerer“ zu sein.

Große Empörung bei den kaisertreuen, weltkriegsbegeisterten Nazis des Jahres 1914 — große Empörung bei Paul Löbe selbst; Dienstverweigerung bei der Bourgeoisie-Preße, den Helden von der „nationalen Ehre“ ihres Werkzeuges wieder abzumachen. Was dadurch geschah, das ist die sozialdemokratische „Völkische Zeitung“ folgende Zellen veröffentlichte:

„In einer Versammlung hat Löbe scherzhaft (!) gemeint, für den Kriegsjahr wäre am besten folgender internationaler Vertrag: § 1: Bei Ausbruch eines Krieges sollen diejenigen, die den Krieg verursacht und erklärt haben, am ersten Tage in den vordersten Schützengraben gesteckt werden. § 2: Am zweiten Tage nach Kriegsausbruch kommen alle, die diesen Krieg gewollt haben und verherlichen, in den Schützengraben. § 3: Niemand soll gegen seinen Willen zum Militärdienst gezwungen werden.“

Und im Eifer mit der „Tante Rah“ wiederholt die SPD-Preße: Es war scherzhaft, „nur scherzhaft“ gemeint. In der Stunde des Ernstes und der Gefahr läßt die Sozialdemokratie „das Vaterland nicht im Stich“ uhm.

Wir kennen den Text, wir kennen die Melodie. Es ist dieselbe wie im August 1914. Doch unterdessen hat die Arbeiterschaft durch die Erfahrungen der letzten fünfzehn Jahre gelernt. Und dennoch die Sozialdemokratie brav und eifrig Tag für Tag ihr „Vaterland“ — den Kapitalismus — nicht „im Stiche läßt“, sammelt sich das Proletariat unter dem Banner des Kommunismus.

Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo Herr Löbe die Lust und die Möglichkeit zu seinen „niedlichen Gesellschaftsscherzen“ genommen sein wird. —a.s.

Wietich — der choleriche Sozialfaschist

Wie der „Deutsche Freidenkerverband“ von den Kommunisten „gereinigt“ werden soll — Wietich raubt wieder einem Genossen die Mitgliedschaft

In der hiesigen Geschäftsstelle des „Deutschen Freidenkerverbandes“ amtiert als Sekretär bekanntlich jener in weitesten proletarischen Kreisen sattem bekannte Wietich, der bei der Verbandsmitgliedschaft so „beliebt“ ist, daß er schon seit vielen Monaten nicht mehr gewagt hat, das Wort zu ergreifen. Der Rat ist nicht seine starke Seite. Seitdem er bei seinem letzten Provokationsversuch beistande von den Mitgliedern verprügelt worden wäre, begnügt er sich damit, hinter den Kulissen sein Gift zu verpfeifen und in um so jählicher Arbeit zu versuchen, soviel wie möglich oppositionellen Genossen die Mitgliedschaft zu rauben, um sein Ziel zu erreichen: den Verband in ein Krematorium zu verwandeln, über dem unsichtbar die Worte stehen: „Das alleinige Ziel des Verbandes — die Kostenlos, garantiert hygienische Feuerbestattung.“ Seit dem offenen Einschwenken des Sozialfaschismus in die Front der Kulturreaktion — siehe Kontardat, siehe Mißensubventionen von Hunderten von Millionen Mark an die Kirchen durch die SPD-Preußenregierung — haben die SPD-Verbandsführer getreulich die Befehle der Müller, Breitscheid und Braun ausgeführt, indem sie aus dem Freidenkerverbande einen Harmonie- und Schmorverein, eine Filiale der SPD gemacht haben. Das war nur durch brutale Kieder- und Hüpfelung der Opposition möglich. Die im Besitze des Verbandsapparates befindliche Bürokratie hat denn auch kein Mittel — und wenn es noch so schmutzig und perfide war — gescheut, um die Kommunisten aus dem Verbande zu werfen. Derselben Mittel hat sie sich bedient, um unserem Genossen Kothler die Mitgliedschaft zu rauben.

Dieser hatte sein Mitgliedsbuch verloren, aber man verweigerte ihm die Ausstellung eines neuen Buches unter den fadenscheinigsten Begründungen. Als die Mitglieder bei der nächsten Versammlung keine Zulassung erzwangen, beantragte Schirdeman, das Mitgliedsbuch des Verbandsaufsichtsrates, eine der höchsten Körperschaften des Verbandes, eine Kommission zu bilden, die die Frage der Mitgliedschaft unseres Genossen klären sollte. Das war im Monat April.

Brauereiarbeiter, aufgewacht!

Gewerkschaftsbürokraten meinen, die Berliner Metallarbeiter brauchen keine Unterstützung

A. A. Breslauer Schweißverbleiner, die Brauereien, nehmen die Biersteuerordnung ihres Koalitionsfreundes Brüning zum Vorwand, um gegen die Brauereiarbeiter eine Lohnabbauoffensive durchzuführen. Eine sich mit den Belegschaften oder Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, wurde durch Aushang des Arbeitsverhältnisses gekündigt und den Arbeitern freigestellt, bei Fünftagswoche ohne Lohnausgleich weiterzuarbeiten. In letzter Minute, 24 Stunden vor Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung, fand schließlich eine mehrstündige Verhandlung statt, die unter Hinzuziehung der Betriebsratsvorsitzenden stattfand. Ueber diese Verhandlung wurde in einer gut besuchten Brauereiarbeiterversammlung durch den Verbandsangehörten Groer Bericht erstattet. Er teilte mit, daß die Unternehmer doch etwas nachgaben. An Stelle der beabsichtigten zehn Streiktage verliert der Arbeiter nur fünf Tage dadurch, daß die Brauereien den einen Streiktag voll bezahlen, ein Streiktag in die christliche Buhwoche fällt und drei Wochen vor den Weihnachtstagen auch voll gearbeitet werden soll.

Die Gewerkschaftsführer machten allerdings die Zusage, daß der Streiktag nicht einheitlich in jedem Betriebe durchgeführt wird, so daß die Unternehmer dadurch doch sechs Tage zur Verfügung haben. Durch das Antreibersystem wird das Unternehmensziel erreicht, daß in fünf Tagen fast die gleiche Arbeitsleistung erzielt wird.

Die Dividenden sind also nicht gefährdet.

Außerdem sollen keine Entlassungen vorgenommen werden. Die Aussprache war sehr lebhaft und die Kollegen ließen es sich trotz mehrfacher Versuche, die Diskussion abzuwürgen, nicht nehmen,

gründlichst ihre Meinung zu sagen. Kollege G. forderte, daß das nächste Mal sofort ein aktiver Widerstand gegen die Unternehmer organisiert werde. Außerdem müßten die Belegschaften einheitlich feiern. Kollege D. forderte unter großem Beifall, daß Schlag gemacht werde mit dem Partieren mit den Unternehmern. Alles werde auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt. Die Gewerkschaften dürften nicht erst auf ihrem Schlafe aufwachen, wenn die Unternehmer mit fertigen Tatsachen vor der Tür stehen. Unter allen Umständen müsse an einem Tage gefeiert werden. Er wies auf den kommenden Sturz des Kapitalismus hin, der dem Arbeiter endlich ein menschenwürdiges Dasein bringen werde. Unter anderem meldete sich ein Parteifreier K., der zwar nicht unsere Ansicht vertrat, jedoch zu der Ansicht gekommen ist, daß nur die Kommunisten den Arbeitern helfen können.

Die Diskussion zeigte, daß fast keiner mit den Gewerkschaftserfolgen zufrieden war. Deshalb zogen es die Bürokraten vor, eine lauwarme Resolution annehmen zu lassen und über die Forderungen der Brauereiarbeiter nicht abzustimmen. Diefelbe Taktik verfolgten sie bei dem Antrag, der Streikklasse der Berliner Metallarbeiter 1000 Mark aus der Lokalkasse zu überweisen, mit der Begründung, die Kassen der Metallarbeiter seien noch gefüllt. Sie stellten den Antrag ohne Abstimmung einfach zurück.

Die Versammlung zeigte, daß die Brauereiarbeiter immer entschlossener werden, dem Terror der Unternehmer schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, auch dann, wenn die Gewerkschaftsführer diese Bewegung abzumauern versuchen.

Helft den Berliner Metallarbeitern

Am Donnerstag, dem 30. Oktober, um 20 Uhr, findet in den Zentralballsälen eine große Solidaritätskundgebung der ZNS für die Berliner Metallarbeiter statt. Es wirken mit: die Musikgruppe der „Na“ sowie die Agitprop-Truppe „Janal“.

Ueber das Thema: „Warum wurden 48 Mann in der Sowjetunion erschossen?“ spricht der Genosse Gert, Berlin.

Gründungsversammlung für den Kampfbund

Mittwoch, 20 Uhr, in dem Saal der „Eisen-Gaststätte“, Friedrichstraße 11. Alle Gegner des Faschismus sind eingeladen.

Stadtteileremonstration im Süden

Am Mittwoch, 18.30 Uhr. Auftreten vor Demonstration zwecks Gründung des Kampfbundes gegen den Faschismus: Friedrichs-Ecke Gräblichener Straße.

Kampfbund Nord. Die für den heutigen Dienstag anberaumte Versammlung wird verköstet. Der neue Termin wird nach bekanntgegeben.

Die Musikgruppe der „Na“ braucht noch einige Genossen oder Genossinnen, welche Klavier oder Mandoline spielen.



Werde Leser der Arbeiter-Zeitung

dem Hauptvorstand in Berlin in Verbindung gesetzt habe, und daß Genosse Kothler überhaupt nicht mehr Mitglied des Verbandes sei. Dann gab er wieder eine neue Fassung eines Märchens von sich.

Auf der einer Mitgliederversammlung im Januar erschien im Büro des Verbandes ein Mensch, den keiner kannte und der einen Ausweis für den Eintritt in die Versammlung haben wollte, und zwar auf den Namen Kothler. (Der Verband hat in Breslau etwa 20 Mitglieder dieses Namens.) Wietich stellte dem geheimnisvollen Unbekannten einen Ausweis aus, was er ja gar nicht durfte. Und unter Genosse Kothler soll dann mit diesem Ausweis in die Versammlung gekommen sein, obgleich ihm der Zutritt durch den zweiten Sekretär Neumann bereits zugesagt war, was dieser auch bestätigte.

Mit diesen jüdisch-scheinigen Lügen operiert die Bürokratie, um einem ihr unangenehm, oppositionellen Genossen die Mitgliedschaft zu rauben. Es ist selbstverständlich, daß die Behauptungen des Wietich und zweier anderer, völlig unter keinem Einfluß stehender SPD-Männer eine glatte Erfindung darstellen und nur dazu dienen sollen, einem Nachbarn, der aus politischen Gründen erfolgte, ein anderes Gefäß zu geben.

Als unter Genosse am vergangenen Donnerstag diesen Tatbestand klarstellte und dem Wietich mehrere grobe Lügen und bewußte Fälschungen nachwies, wurde Wietich abwechselnd blau und kreidweiß vor Wut und bekam einen regelrechten Tobfuchtsanfall, in dem er mit Utensilien herumschmeiß, daß es nur so knallte. Er zitterte vor Wut bis in die Fingerspitzen und raunte schließlich, als alle seine Provokationsversuche und Beleidigungen an der klugen Beherrschtheit unseres Genossen abprallten, in einen dunklen Nebenraum, wo er sich zitternd an eine Wand lehnte. Daraufhin verkündete der Vorsitzende Schirner das Ende der Sitzung, laßt hätte man wohl den Wietich abtransportieren lassen müssen.

Wenn wir aus Raumangel auch nicht auf alle Nebenumstände dieses Falles eingehen konnten, so geht doch aus ihm klar hervor, daß die Verbandsbürokraten sich brutal über alles hinwegsetzen und auf den Willen der Mitgliedschaft pfeifen, wenn es gilt, oppositionellen Genossen die Mitgliedschaft zu rauben, damit im Verband die Friedhöcker einsetzt. Und die brauchen die Reformisten, weil sie sich vor den Folgen ihrer Taten fürchten und hängen, daß sie eines Tages der Sturm der empörten Mitgliedschaft hinwegjagen wird!

Brüning-Diktatur im Strehlemer Stadtparlament

Gegen Erwerblose — aber für Kriegerdenkmal

Das Strehlemer Stadthaus hatte mit seiner letzten Stadtverordnetenversammlung wieder mal seinen schwarzen Tag. Von der Diktatur eines Brüning im Reich sind auch die Strehlemer Stadtbürger schon derartig infiziert, daß sie zu den brutalsten Diktaturmaßnahmen greifen. War es in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Biersteuer, welche mit Hilfe der „Sozialisten“ angenommen wurde, so war es in dieser Sitzung die Regiersteuer. Immer operiert die Rechte mit der Floskel: „Die Stadt hat kein Geld — sie muß sparen,“ während man auf der anderen Seite mit den Groschen der Steuerzahler Mittel für Dinge bewilligt, für die die werktätigen Massen kein Verständnis aufbringen können. War es in der letzten Sitzung das Repomul-Denkmal, so war es in dieser Sitzung die Aufstellung eines Kriegerdenkmals, dessen Vorlage der Stadtverordnete Reichel mit einer Kriegervereinsrede einleitete. Genosse Andraezza trat für strikte Ablehnung der Vorlage ein, er wollte dieser schandwürdigen Vergangenheit kein Denkmal gesetzt wissen, sondern empfahl, die Mittel für das Denkmal den Erwerblosen zuzukommen zu lassen. Weil die Rechte nur die schwarzweißrote Flagge, nicht aber die schwarzrotgoldene bei der Einweihungsfeierlichkeit sehen wollte, glaubten auch die „Sozialisten“ die Vorlage ablehnen zu müssen.

Der vollständige Mangel an sozialem Verständnis wurde von der Rechte dadurch bewiesen, indem man die vom Magistrat vorgelegenen Mittel zur Ausführung von Notstandsarbeiten auf die Hälfte reduzierte und alle Warnungen der Linken gatt ignorierte. Genosse Andraezza ging auch hier mit treffenden kurzen Worten auf den Kern der Sache ein und betonte, daß, wenn die Erwerblosen wieder Beschäftigung hätten, die ganze wirtschaftliche

Lage nicht nur der Arbeiter, sondern auch der kleinen Geschäftskente bald etwas besser werden würde. Die Rechte fand aber hierfür kein Verständnis.

„Die Demokratie lebt, der Faschismus geschlagen,“ dieser aus geistiger Armut entsprungene Gedankenblitz der Sozialdemokraten wurde am trefflichsten widerlegt mit der Annahme jener Vorlage, monach über sämtliche Lohn- und Gehaltsfragen städtischer Arbeiter und Angestellter in Zukunft nicht mehr in öffentlicher, sondern in geheimer Sitzung verhandelt werden soll. Auch hier zeigte Genosse Andraezza das wahre Gesicht der vielgepriesenen Demokratie und lehnte ein solches Ansjinnen als einfach unerhört ab.

Briefkasten

Schöpsdorf und Langenöls hatten keine Zeitung bekommen, weil die Zugverbindung gestört war.

(Schluß des reaktionellen Teils.)

Lieblich-Theater. Den Humor im zweiten Oktober-Programm vertritt aufs beste der bekannte süddeutsche Humorist Hermann Strelbel, dessen zündende Witze wahre Heiterkeitsstürme hervorgerufen. Auch an den Nachmittagsvorstellungen geht das ungefügte Programm zu halben Preisen in Szene.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Coesfelden): Ernst Bollweger, Breslau; für Oberhessen: Fritz Senf, Alsbach; für Baden: Fritz Senf, Alsbach; für die Provinz: Fritz Senf, Alsbach.

Rüstet zum 2. Weltkongress werk-tätiger Frauen! — Wählt überall Delegiertinnen!

Keine Mehrheit für Mieterstreik — Was nun?

Sozialdemokratie und Zentrum, „Volkswacht“ und „Volkszeitung“ sind Mieterfeinde. Nur die Kommunistische Partei und die „Arbeiter-Zeitung“ vertreten konsequent die Mieterinteressen. Verzicht auf außerparlamentarischen Kampf bedeutet Verzicht auf Erfolge. Notwendig ist die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront der Mieter.

h. Triumphierend berichteten am Montag „Volkswacht“, „Echle-Aiche“, „Volkzeitung“ und „General“: „Keine Mehrheit für absoluten Mieterstreik.“ Die „Volkswacht“ fügt hinzu: „Es war vorzuziehen, daß für einen völlig sinnlosen absoluten Mieterstreik nicht die Mehrheit aufzubringen ist.“

Im Februar dieses Jahres traten in Zimpel die sogenannten Neummieter (etwa 180 Haushaltungen) in den Streik, das heißt sie sahlten nur den Teil der von ihnen geforderten Miete, den sie für angemessen hielten. Dieser Streik war ein mehr spontaner, als von langer Hand vorbereiteter und organisierter. Für Monat Mai wurde die Erhöhung aller Mieter um etwa 20 bis 25 Prozent beschlossen. Die zur Urabstimmung aufgenommene Mieterschaft entschied sich für Zustimmung zur Erhöhung und trat in den bedingten Streik, das heißt sie zahlte weiter eine Monatsmiete in der Aprilhöhe. Der Streik der Neummieter wurde auf Anraten des Sozialdemokraten Reim mit einem völlig unbefriedigenden Teilerfolg abgebrochen. Der Streik der übrigen Mieter zog sich von Monat zu Monat hin. Der Vorstand des Neumieterschuhverbandes hoffte von Monat zu Monat, auf dem Wege des Parlaments und der Verhandlungen wenigstens Teilerfolge erzielen zu können. Die Siedlungsgesellschaft fürchtete, zu Zwangsmassnahmen zu greifen, um die kämpfenden Mieter nicht zu einer Verschärfung des Streiks herauszufordern. Nach monatelangem Hin- und Her wurde die Deputation eingesetzt. Da das Ergebnis der Deputationsverhandlungen als unbefriedigend vorausgesagt werden konnte, und da durch die lange Dauer des bedingten Mieterstreiks die Gefahr der langsamem Zermürbung der Kampffront gegeben war, machte der Mieterverein Zimpel den Vorschlag, den Kampf zu verschärfen, und zwar durch die Eröffnung des absoluten Streiks.

Wenn die „Volkswacht“ als Sprecherin des sozialdemokratischen Parteivorstandes den absoluten Mieterstreik als „völlig sinnlos“ bezeichnet, so gibt sie damit auch die Auffassung der Herren Sozialdemokraten Stope, Steffen, Rächler, Reim und Kalinke aus dem Vorstand des Neumieterschuhverbandes wieder, eine Auffassung, die diese Herren auch vor der Urabstimmung vertraten.

In der letzten Vertretersitzung des Mieterverbandes sagte ein sozialdemokratischer Vertreter aus Zimpel die Worte:

Man kann die Urabstimmung mit zweierlei Zielen vorbereiten: entweder mit dem Ziel, über eine gute Urabstimmung zur Verschärfung des Kampfes und zu einem größeren Kampferfolg zu gelangen, oder mit dem Ziel, mit Hilfe einer schlechten Urabstimmung den Kampf abzumürren.

Diese Worte trafen ins Schwarze. Die Stope, Steffen, Rächler, Reim und Kalinke hatten tatsächlich dem von Zimpel erarbeiteten Vorschlag einer Urabstimmung zugestimmt nur mit der Absicht, damit den Kampf erledigen zu können. Die ehrlichen Vertreter darunter viele Sozialdemokraten, haben diese Gefahr gesehen, sie wollten aber, die schändlichen Absichten der Brüning-Sozialdemokraten durchkreuzen zu können. Die Straße wurden gemessen: Auf der einen Seite versuchten die Kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen Vertreter (hauptsächlich den Zimpel) in geschlossener Einheitsfront in jeder Kleinarbeit die Mieterschaft aufzuklären, sie zur einmütigen Verschärfung des Kampfes mitzuführen. Auf der anderen Seite waren es die Brüning-Sozialdemokraten Stope, Steffen, Rächler, Reim und Kalinke, die ihren Einfluß und ihre Redekunst als Bremser geltend machten. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ und die zentralistische „Volkzeitung“ brangen ihnen häufig zur Seite. Der Ausgang der Urabstimmung hat gezeigt, daß die Gruppe der Mieterfeinde einen härteren Einfluß auszuüben vermochte, als der vereinte Wille der ehrlichen Vertreter, und zwar deshalb, weil noch nicht alle Vertreter, insbesondere in Zimpel, die Absichten der Stope, Kalinke usw. erkannt hatten.

Was waren die Argumente der Mieterfeinde, der Leute, die den absoluten Mieterstreik als völlig sinnlos bezeichneten? Ihr härtestes Argument war der Hinweis darauf, daß die streikenden Mieter gesündigt und ergriffen werden könnten, auch seien sie zu schwach, um allein den Kampf wagen zu können.

Pfändung? Ermittlung? Niemand von denen, die den absoluten Mieterstreik propagierten, stellten diese Möglichkeit in Abrede, niemand hegte die törichte Hoffnung, daß ein deutsches Gericht den Mietern recht geben könnte.

Zu schwach? Wenn all die Parteien und Organisationen, die vorgeben, mieterfreundlich zu sein, die kämpfenden Mieter tatsächlich unterstützt hätten — wir denken da an die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, das Zentrum, schließlich die Nazis —, so wären die Mieter eine Macht, die mehr als die Verhöhnung der Aprilmiete erzwingen könnte.

Auf dem Wege des Parlaments und der Besetze ist es unmöglich, die Forderungen der Mieter durchzusetzen. Es muß der außerparlamentarische Kampf geführt werden. Wahre Mieterfreunde sind nur diejenigen, die auch den außerparlamentarischen Kampf mit all seinen Konsequenzen zu führen bereit sind. Die Stope, Steffen, Rächler, Reim, Kalinke waren unter dem Druck der Mieter gezwungen, die erste Etappe des außerparlamentarischen Kampfes mitzumachen. Die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Gewerkschaften bezogen vorerst keine offene feindliche Haltung. Als aber der Gang der Dinge zwang, den außerparlamentarischen Kampf zu verschärfen, da rückten diese Leute und ihre Presse ab und redeten von „völliger Sinnlosigkeit“ des absoluten Mieterstreiks. Es zeigt sich, daß die kommunistische Partei die einzige mieterfreundliche Partei ist.

Das Abstimmungsresultat von Zimpel

Die Presseleute triumphiert — sie soll es nicht zu früh tun

ersch. Heute abend treten im „Leffing“ die Funktionäre der Breslauer Neumieterbewegung zusammen, um zur Lage und den weiteren Maßnahmen im Mieterkampf Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Urabstimmung haben wir bereits gestern kurz beleuchtet, und wollen heute nur noch einiges nachtragen.

Es ist ein Wort zur Presse: „Am Ende des Mieterstreiks“ — „Die sozialdemokratische Führung bläht nun Rücksicht“ — „nur die Kommunisten gehen weiter“ — „nur noch 30 Prozent im Streik“ — „der Kampf ist nutzlos“ — „die Mietererhöhung notwendig“ — „die meisten Mieter dürften der Urabstimmung fernbleiben“, das sind einige Töne aus der „Volkzeitung“, dem Organ des mieterfreundlichen Zentrums, vom Samstagabend und Sonntag.

Die Kommunisten wollen, daß überhaupt keine Miete mehr gezahlt wird — schrieb die „Volkswacht“ ihren eigenen Parteifunktionären und Mitgliedern, die trotz strömendem Regen im Interesse des Mieterkampfes den ganzen Sonntag auf den Beinen waren, zu.

Dies war die Musik vor der Urabstimmung. Gestern, einen Tag nach der Urabstimmung, jubelten die Geldschaffmeister folgendermaßen: „Die „Echle-Aiche“ meldet: „Kein neuer Mieterstreik“ — „die von Kommunisten geführte Streikbewegung zusammengebrochen“ — „nur 30 Prozent übrig“. Das Zentrum blatt reißt sich triumphierend die Hände, es schreibt: „Eine ins Wasser gefallene Urabstimmung“ — „nur rund 1000 für absoluten Streik“ — „da war es doch bei der ersten Abstimmung im April anders, da waren 715 Prozent.“ Und die „Volkswacht“ martiert den Sozialisten: „Keine Mehrheit für absoluten Streik“ — „das Ergebnis übertrifft uns kaum.“ — „Es war vorzuziehen, daß für einen völlig sinnlosen absoluten Mieterstreik nicht die Mehrheit aufzubringen ist.“

Man, wir sagen: Rabelt nicht zu früh, verteilt das Fell des Bären nicht eher, ehe ihr ihn erlegt habt!

Die Vertreterversammlung wird sich durch nichts beirren lassen, sondern die Maßnahmen beschließen, die das Interesse der Mieter erfordert.

Vorank wollen wir den Funktionären und der gesamten Mieterschaft einmal das genaue Abstimmungsresultat von Zimpel unterbreiten.

Die Siedlung Zimpel zählt zurzeit rund 2700 fertiggestellte Wohnungen, wovon nur 2465 der Siedlungsgesellschaft W.G. gehören. Weder die Wohnungen, noch der Mietensatz sind einheitlich. Es gibt Großwohnungen, Einfamilienhäuser und auch bezugsfreie Wohnungen. Für das Gros aller bis 1. Oktober 1929 fertiggestellten Wohnungen bestand im großen ganzen ein einheitlicher Mietensatz, nur für einen Teil (etwa 250 Wohnungen) wurde ein Aufschlag für „bevorzugte Lage“ erhoben. Für diese rund 1840 Wohnungen forderte die W.G. ab 1. Mai d. J. 25 Prozent mehr Miete; dieser Teil steht bis heute im Streik, indem die geforderte Erhöhung nicht gezahlt wurde. Für alle die Wohnungen, die nach dem 1. Oktober 1929 bis heute fertiggestellt wurden und werden, setzte der Magistrat erheblich höhere Mietensätze fest. Dies ist die Gruppe der Neummieter, sie sind mittlerweile auf 440 Haushaltungen angewachsen. Die ersten Mieter dieser Gruppe, die vom 9. November 1929 bis Januar 1930 eingezogen waren, traten gleichfalls ab 1. Februar in den Streik, sie zahlten nur den in dem älteren Teil der Siedlung erhobenen Mietensatz. Ihr Kampf wurde am 1. Juli mit einem Kompromiß beendet, sie stehen heute nicht mehr im Streik. Als eine dritte Gruppe sind die Einfamilienhäuser anzusprechen. Sie zählen 191 Haushaltungen. Ein Teil von diesen hat Baukostenzuschuß gezahlt, teilweise 4000 Mark, und schaltet somit für den Streik aus.

Das Abstimmungsresultat, nach diesen Gesichtspunkten zusammengefaßt, ergibt folgendes Bild:

Einfamilienhäuser	191, abgestimmt 16 = 8,5 Prozent
Neummieter	454, abgestimmt 115 = 27 Prozent
Streikgebiet	1840, abgestimmt 652 = 35 Prozent

Wie stimmten die einzelnen Straßen des Streikgebietes?

Straße	Abstimmungsberechtigte	Abgestimmt haben
Ullweg	55	15
Stieglitzweg	130	93
Starenweg	154	108
Sperlingsweg	150	85
Kottschneweg	161	115
Röwenweg	220	124
Reifenweg	225	93
Damascheweg	69	46
Friedrich-Ebert-Straße	5	24

Die entscheidende Frage, vor der die Organisation der Neummieter steht, lautet:

Will sie sich von dem Mittel des außerparlamentarischen Kampfes loslagern und die Interessen der Mieter nur mit dem bürgerlichen Gesetz verteidigen, und damit auf das Niveau der Altmieternorganisationen herabsinken, oder — will sie die verheißungsvollen Anfänge des außerparlamentarischen Kampfes zum wichtigsten Bestandteil ihres Zukunftsprogramms machen?

Die Entscheidung dürfte auf Grund der am eigenen Leibe gemachten Erfahrungen den Mietern nicht schwer fallen — will man Erfolge erzielen, so muß man sich für die zweite Möglichkeit aussprechen. Tut man es, so muß man aber auch alle Funktionen, insbesondere die leitenden, mit Mietern besetzen, die denselben Auffassung sind und nicht in dem kritischen Augenblick als Bremser auftreten.

Diese Ausführungen sind gemacht im Hinblick auf die heute stattfindende Vertretersitzung des Neumieterschuhverbandes. Die Frage, ob nach dem bekannten Ergebnis der Urabstimmung in Zimpel ein Teilerfolg geführt werden muß, wird von den betreffenden Mietern selbst entschieden werden müssen.

Hindenburgstraße	44	3
Vierhühnenweg	48	20
Drosselweg	115	54
Elsterweg	100	58
Reiher-, Kottschneweg, Falken-, Kasanen-, Häher- und Pirokweg	114	38
Kreuzschnabelweg	24	11
Stieglitzweg	21	9
Zimpeler Straße	156	61
	1840	954

Nun werden die Funktionäre heute die Entscheidung zu fällen haben. Was Zimpel angeht, erklären wir: Ruhig Blut. Das letzte Wort werden die tausend Mieter sprechen, die für den absoluten Streik gestimmt haben. Der Kampf ist geschlossen begonnen worden. Es muß alles versucht werden, um die größtmöglichen Erfolge für die Mieter herauszuholen. Sollte sich keine Möglichkeit zeigen, den Streik mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen, so wird der Kampf ebenso geschlossen, wie er begonnen wurde, auch beendet, denn schließlich handelt es sich nicht um die Beendigung des Mieterkampfes, sondern um eine Pause, die zur Sammlung von Kräften für einen erneuten, und zwar beiführten Vorstoß benutzt werden muß.

Was tut Er Sie Es

Städt. Sparkasse zu Breslau

LIEBICH
Incenter
 Ruf Nr. 346 46
In 2 Tagen
5240
 jubelnde Breslauer
 bei
Bobbie Hind

Eine „**PFÄFF**“
 besitzen, heißt sich täglich Ihrer erfreuen.
 Verlangen Sie Prospekt!

Pfaff-Nähmaschinen-Haus
 Breslau 1, Reuschestr. 37-38
 Telefon 253 91 (Am Königsplatz)

Stadttheater
Schweidnitz

Dienstag, 28. Okt.
 8 Uhr
Das Land
des Lächels

Donnerstag, 30. 10.
 8 Uhr
Clebe und
Trompetenblasen

Schuhhaus „Magnet“
 Matthiasstraße 18
Spezialhaus für
gediegene Schuhwaren

Freitag, 31. Oktober
 8 Uhr
Meine Schwester
und Ich

Sonntag, 2. Nov.
 nachm. 1/2 4 Uhr
Meine Schwester
und Ich

abends 1/8 11 Uhr
Meine Schwester
und Ich

Neu eröffnet!
Schuhhaus Fortuna

Strehlen in Schlesien
Münsterberger Straße 16

Waldenburger Bergland

Gen „Drechwacht“ = Kuli von Nieder-Salzbrunn muß man sich merken

Den Zusammenstoß zwischen Nazis und kommunistischen Arbeitern am Dienstag in Nieder-Salzbrunn überschreibt der Sozialfaschist in seinem Bericht mit den handgemeinen Worten: „Alles nur aus Freundschaft.“ Er beschuldigt des weiteren die Kommunisten als Angreifer, indem er u. a. schreibt: „... wurden die Austräger (Nazis, D. N.) durch Kommunisten verfolgt und bedroht. Die Angegriffenen (wiederum Nazis, D. N.) hielten sich...“ Der übereifrige „Bergwacht“-Stuhl hatte aus der Ferne so etwas läuten gehört und glaubte, die verhassten Kommunisten vor der Allgemeinheit lächerlich zu machen und der Polizei als Angreifer zu denunzieren. Bei Zusammenstoß dieser Feilen mußte er noch nicht, daß einer seiner Jugendgenossen zuerst von den Nazis verprügelt wurde, worauf sich erst der eigentliche Zusammenstoß ereignete. Aus „reiner Freundschaft“ also wurde unser Genosse Stäbler von einer Nazikugel verletzt. Aus „reiner Freundschaft“ wurde der Jungsozialist von den Nordbanditen gebadepfeift, und aus „reiner Freundschaft“ nahmen sie dem im Damentloset (Schweidnitz) an allen Gliedern zitternden „Genossen“ Wendemuth Klantische und ihn fort und schlugen wie wahnwitzig auf wehrlose Reichsbannerarbeiter ein. Es ist noch nicht ausgeschlossen, daß die Nordbanden auch dem Berichterstatter aus „bider Freundschaft“ einmal die Hosen strammziehen. In der Nr. 219 der „Drechwacht“ wird der Kuli schon etwas vorsichtiger, schreibt nichts mehr von Freundschaft (weil ein Jungsozialist mit betroffen war) und weiß auch auf einmal, daß die Nazis zuerst prägeln.

Schon immer haben wir den Arbeitern gesagt, daß es die „Bergwacht“ mit der Wahrheit nicht so genau nimmt und deshalb auch „Drechwacht“ genannt wird. Am Schluß des Artikels „Kobandritter“ fühlt sich der Berichterstatter stark und droht den Nazis, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei „ihren Mann sehen“ wird. Das wird schon seit Schwendnitz gesagt, die empörten SPD-Arbeiter aber immer wieder zur „Besonnenheit“ ermahnt, und durch solche Berichte wie in Nr. 218 der „Drechwacht“ von der Abwehr abgehalten.

Arbeiter, die Leute vom Schlage des Nieder-Salzbrunn, „Drechwacht“-Kulis merken wir uns ganz besonders. Die Klassenbewußten Arbeiter des Waldenburger Reviers fordern wir aber auf, dem Kampfbund gegen den Faschismus beizutreten, der die braune Nordpeit vertreiben wird.

Oberes Revier

Sind es 12 oder 7?

A. R. Daß die Arbeiterschaft den vertrauensärztlichen Untersuchungen mit allem Recht das größte Mißtrauen entgegenbringen muß, bemerkt wieder einmal folgender Fall: Ein Kumpel mußte sich bei Dr. Theising einer Nachuntersuchung unterziehen. Während der Vertrauensarzt Dr. Krüger in Landeshut bei den Kumpels sieben Zähne feststellte, fand Theising zwölf. Kommentar überflüssig.

Gottesberg. Volksbund für Mutterchutz. Mittwoch, den 20. Oktober, im „Schützenhaus“, großer Lichtbildervortrag von

Niederschlesien

Görlitz

Kinderschänder am Pranger

Durch Kinderausgabe ist es endlich möglich geworden, zwei Wüstlingen, die sich seit langer Zeit in an Kindern unfeinlich vergriffen haben, das Handwerk zu legen. Der Lebensmittelgeschäftsinhaber Johannes Knieber, wohnhaft Kattbiffer Straße, lichte Schulkinder in sein Geschäft, welche diese mit Schokolade und Zunder, um sich dann in der wüßtesten Weise an den Kindern zu vergreifen. Der Baron v. Arnapp, wohnhaft An der Weigen Mauer, fand sich öfters im Laden des Liebert ein, und beide betrieben zusammen diese unfaulbaren Geschäfte. Nicht weniger als zehn bis zwölf Kinder sollen von diesen Unholden geschändet worden sein. Was unternahm die Polizei, um die Öffentlichkeit sofort vor diesen Schändlingen zu schützen? Die empörten Väter erstatteten sofort Anzeige bei Kriminalbeamten am Bahnhof. Die Forderung der Väter, die beiden Unholde sofort zu verhaften, lehnten die Beamten ab mit dem Bemerkten, es wäre nicht notwendig, da beide einen festen Wohnsitz hätten. Erst am anderen Tage bequeme sich die Polizei zur Verhaftung. Warum zögerte die Polizei so lange? Etwa weil es sich um sogenannte angehende Bürger der Stadt handelte? Bei Arbeitern kann man solche Hemmungen der Polizei nicht merken. Bei wichtigen Anlässen werden Arbeiter trotz festen Wohnsitzes tagelang in Haft gehalten.

Aus der letzten Stadtverordneten Sitzung

Nazistadterordnete rücken von den Taten ihrer eigenen Parteifreunde ab, indem sie für Bestrafung des anonymen Briefschreibers und des Nazi-Artikelschreibers eintreten!

Bei Eröffnung der Sitzung gab Stadtverordneter Cohn das Ausschreiben des Stadtverordneten Kels aus dem Stadtparlament bekannt. Grund ist sein Verzug nach Dresden. In den folgenden Tagesordnungspunkten wurde über Anträge betreffend Grundstücksankauf, Bürgerbüchereiübernahme usw. bejahend abgestimmt. Im achten Punkt der geschäftlichen Mitteilungen wurde die Bewilligung der Mittel zur Einrichtung eines weiteren Osdachlosenaufbaus auf der Naußwälder Straße zur Debatte gestellt. Die kommunistische Fraktion beantragte, die freizuerwerbenden Räume des Kindergartens gleichzeitig als Preispankt einzurichten, da den Osdachlosen mit einer Uebernachtung allein nicht gedient ist, sondern die Notwendigkeit besteht, daß diese mittellosen Menschen auch befristet werden. Den Hauptteil der Sitzung nahm die Besprechung der Interpellationen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Fraktionen bezüglich des in dem nationalsozialistischen „Schlesischen Beobachter“ erschiene-

nen Artikels und eines anonymen Briefes an den Oberbürgermeister ein. In beiden Sachen wurden Magistratsbeamte der Korruption bezichtigt. Ebenfalls bezeichnete man den Verzicht des Oberbürgermeisters auf einen Teil seines Gehalts als eine „schöne Geste nach außen hin“. Es lagen jetzt noch weitere liebliche Anschuldigungen vor. Der Oberbürgermeister nahm zu diesen Angelegenheiten in sehr eingehender Form Stellung. Er ging auf die einzelnen Beschuldigungen ein, welche sich gegen den Vorleser der Lebensmittelstelle richteten, welche ferner bejahten, daß Aufträge nur nach Parteizugehörigkeit oder Bezahlung von Schmiergeldern vergeben werden, und welche sich dagegen richteten, daß der Oberbürgermeister den Aufsichtsratsposten bei der „Winnag“ bekleidet. Die Nazis kamen bei dieser Angelegenheit in eine große Stimmung. Es ging ihnen fast die Puste aus, sie rühten von den Taten ihrer ehrenwerten „Partei-genossen“ ab und erklärten, daß sie als Fraktion absolut nichts damit zu tun hätten. Sie stimmten mit für den Antrag, den anonymen Briefschreiber und den Artikelschreiber gerichtlich zur Verantwortung heranzuziehen. Das ist „Bekennermut“.

Wüsteglersdorf

Wieder ein Zusammenbruch in der schlesischen Textilindustrie. Die Geraer Teppichfabrik, G. m. b. H., die in Dörnau bei Wüsteglersdorf eine Filiale unterhält, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen über eine Million Mark. Die Teppichfabrik hatte mit ihrer Dörnauer Niederlassung vielen Arbeitern Beschäftigung gegeben.

Liebau

Haftentlassung des Bankiers Babel. Bankier Johann Babel, der bekanntlich nach dem Zusammenbruch seines Liebauer Bankgeschäfts ins Ausland geflüchtet war, dort mit einer Dame Bekanntschaft machte, welche mit dem Bankier nach Wien zog, wurde dort verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert.

Striegau

Schnüßflei durch das Arbeitsamt unter den Erwerbslosen. A. R. Vor einigen Tagen, am Mittwoch und Donnerstag, besaßen sämtliche Erwerbslose „hochwohlblühenden“ Besuch in Gestalt eines „Schnüßlers“ vom Arbeitsamt. Der Sohn des Stempelstellers Werner in Rohnstod fuhr ihn auf dem Motorrad von einem Erwerbslosen zum anderen. Wenn nun so ein Mensch nachmittags kommt, ist es doch logisch, daß nicht jeder zu Hause hinterm Ofen sitzt und wartet, bis er beschneißelt wird. So traf auch der Abgesandte Brünings eine große Anzahl Erwerbsloser nicht hinter dem Ofen an. Alle, die nicht angetroffen wurden, mußten nun am Freitag ohne ihre Wochenunterstützung den Heimweg antreten. Man leistet sich sogar noch tollere Dinge: Ein Erwerbsloser, gelernter Schuhmacher, zuletzt als Steinarbeiter beschäftigt gewesen, reparierte gerade ein Paar Schuhe, und schon erhielt er keine Unterstützung. Bei einem anderen, der ebenfalls zu Hause war, sah die Frau an der Nähmaschine; der Kerl kommt und fragt die Frau, ob sie auch für andere Leute näht. Die Frau bejahte die Frage. Schon erhielt der Mann keine Unterstützung. Die Frau konnte doch den Schnüßler nicht. Die Erregung unter den Erwerbslosen war natürlich groß. Um zu ihrem Recht zu kommen, mußten sie nun den 15 Kilometer langen Weg nach Volkenhain machen, um Beschwerde einzulegen. Volkenhain ist Nebenstelle vom Arbeitsamt Jauer. Leider erkennen die Erwerbslosen noch zuwenig, daß sie sich gegen derartige Angriffe fester zusammenzuschließen müssen unter der Führung der RGO und Erwerbslosenausschüsse wählen müssen. An der Stempelstelle Rohnstod stehen fast die gesamten Erwerbslosen unter dem Einfluß der SPD, und gegen solche Mißstände anzukämpfen, sind sie nicht imstande. Vertritt ein oppositioneller Kollege mal seinen Standpunkt, wird er verhöhnt und lächerlich gemacht. Sie hoffen noch auf die Aufhebung der Notverordnung, die SPD wird schon dafür stimmen.

Achtung! Arbeiterwintersportler!

Beteiligt du dich am Treffen der roten Sportler im Alesengebirge, welches vom 25. Dezember bis 1. Januar im Gebiet zwischen Spindelmühle und Oberhöhenelbe stattfindet? Daran beteiligen sich auch unsere schlesischen Genossen. Allein von Berlin liegen bis jetzt schon 500 Meldungen vor. Für die Dresdener Teilnehmer findet dort ein Kurkurs für Anfänger und für Fortgeschrittene unter sachmännlicher Leitung statt. Nähere Bekanntmachungen über Quartier, Verpflegung und andere Unkosten werden noch in der Presse veröffentlicht.

Der Winterportausflug.

Kaufkraft, ihre Unkosten zu beden. Viele Kunden aus den umliegenden Dörfern hatten sich des guten Wetters halber hier eingefunden. Einer Frau soll hier ein Portemonnaie mit 30 Mark Inhalt entwendet worden sein, was eine Auswirkung der miserablen Verhältnisse darstellt. Viele Invaliden und Krüppel konnte man hier als Opfer des Staates sehen, die durch Karten- und Schnürsenkelvertrieb oder durch Musizieren ihr Leben und das ihrer Angehörigen zu erhalten suchen, denn von ihrer Hungerrente ist es ein Ding der Unmöglichkeit, zu leben. Die Polizei bemühte sich, diese armen, an den Ecken lauernden Krüppel unter dem Vorwand, es sei zu Verkehrsstörunge gekommen, zu verjagen. Wie rutzschende Wespenstern bewegten sich einige dieser Gestalten ohne Hüte, Beine usw. zum gräßlichen Anblick der Zuschauer durch die Straßen der Stadt, wodurch der Charakter der kapitalistischen Republik und die „offenen Arme“ der Krüppelversorgung am besten dokumentiert wurden. Dem hiesigen Wochenblättchen der Bürgerlichen paßte diese Art der Aufseizung „unserer“ Republik nicht, und es brachte daher einen schmerzigen Artikel über diese Opfer der kapitalistischen Ausbeutung und forderte gleichzeitig, daß die Polizei dagegen einschreiten sollte. Als Unterlage diente dem Tintentuli ein Vorgang, der sich angeblich auf dem hiesigen Bahnhof abgespielt haben soll, wobei einer jener Invaliden die Anwesenden freigehalten haben soll. Diejem Schmierfint ist darauf zu erwidern, daß er viel besser täte, wenn er sich um die Praxereien seiner kapitalistischen Auftraggeber kümmern würde. Durch seine Schmiererei wird jedenfalls nicht ein Jota von der Tatsache hinweggeschafft, daß die heutige kapitalistische Gesellschaft für alle diejenigen, die ihre Gesundheit oder ihre Knochen im Dienste des Kapitalismus eingebüßt haben, nichts übrig hat, während sie Schieber und Gauner züchtet und sogenannte Etappenhelden mit großen Pensionen ausrüstet. Auch wir sind bestimmt nicht dafür, daß diese armen Opfer sich durch Betteln durchschlagen, sondern wir sind der Ansicht, daß auch sie verpflichtet sind, sich ausreichende Nahrung und Versorgung zu erkämpfen. Das kann uns aber nicht hindern, ganz offen auszusprechen, daß sowohl jenem Tintentuli im Wochenblättchen als auch der Polizei nicht das Recht zugestehet, in dieser rigorosen Weise gegen diese Opfer vorzugehen.

Sind Kriege vermeidbar?

A. R. Vor einiger Zeit wurde hier der Film „Die Bier von der Infanterie“ aufgeführt. Der Kassengehilfe Hübsch von der Stadthauptkasse fühlte sich daraufhin veranlaßt, in dem Wochenblatt den Film als passivistisch zu bezeichnen und die Forderung nach Aufhebung von nationalen Filmen aufzustellen. Auf seine Kritik hin erschienen mehrere Erwidrerungen. Ohne uns auf Einzelheiten einlassen zu wollen, wollen wir bei dieser Gelegenheit noch einmal feststellen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Kriege zu vermeiden. Sie werden erst dann nicht mehr vorkommen, wenn das feigliche Proletariat den klassenlosen Weltjovielstaat errichtet haben wird.

Penzig

Zeugen gesucht

Alle diejenigen Verammlungssteilnehmer, welche in der Naziverammlung im „Gerichtskretscham“ waren und irgendwelche Aussagen gegen die Nazis machen können, bitte ich um Angabe ihrer Namen. — Michael Pohorelky, Görlitzer Straße 67, bei Gasse.

Die RGI im Angriff!

Eine Broschüre, die das Referat und Schlußwort Losowskis, die Thesen und die Resolution enthält, 119 Seiten stark ist und nur 20 Pfennig kostet. Bestellt sofort bei der Bezirks-Litstelle und bei allen RGO-Funktionären.

Bezirksleiter Schmidt beschwichtigt

Doch die Bauarbeiter haben das Antreiberhystem und das Hungerleben satt

A. R. Vergangene Woche fand in Sagan die Mitgliederversammlung des Bauwerksbundes statt. Die Versammlung war sehr schlecht besucht, vielleicht gerade deshalb, weil der neue Bezirksleiter Schmidt als Rejerent angelündigt war. Schmidt beschwichtigte die Kollegen, daß sie nicht aktiv genug seien und lang ein Schloß auf die „Erzungenen“ des Bauwerksbundes. Er meinte, es werde schwer sein, nächstes Jahr Lohnverhandlungen zu führen, da der Schindlus des Unternehmerverbandes die Namen verschwiebener Kollegen nennen könne, die unter Tarif arbeiten. Nun, wir sind es schon gewöhnt, daß die Gewerkschaftsbürokraten, die staatsbejahende Bürger geworden sind, also den Boden des Klassenkampfes verlassen haben, keine Lohnkämpfe vorbereiten und führen wollen — und ausgedrochene Kämpfe sabotieren. Schmidt lobte die vielen Unterstüpfungen, die der Bauwerksbund an Erwerbslose, Kranke und Invaliden zahlt. Im übrigen meinte er, die Arbeiter-

schaft habe am 14. September nicht richtig gewählt. Na, wir sind gegenteiliger Auffassung.

In der Diskussion meldeten sich drei Kollegen zum Wort, die in scharfen Worten gegen die Ausführungen des Bezirksleiters Schmidt polemisierten. Das brachte den Bezirksleiter völlig außer Fassung. Er antwortete mit einer wüsten Promunifestation.

Kollegen, wir verzichten gern auf die Almosen, die man uns gibt, wir verlangen einen richtigen Lohn und Arbeit. Daß die Republik und die Demokratie schön sind, das glauben wir, allerdings nur für Schmidt und seinesgleichen. Den Arbeitern kann die kapitalistische Republik weder Brot noch Arbeit geben. Die Arbeiter müssen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition trotz aller Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer den Kampf organisieren.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Vorkriegspreise! Tube 10 Pf. u. 1 Mk.

C Empfehlenswerte Geschäfte in Niederschlesien

Görlitz

Die bevorzugten **Rüdiger-Gaststätten** bieten jedem das Beste!
Berliner Straße 32 - Brüderstraße 1 1411

Albert Matzke, Fischmarkt 2/3
1991 Lederlager für Saffler und Schuhmacher

Görlitzer Bürgerbräu
1408 in Qualität unübertroffen!

Ihre Einkäufe?

Gut und billig nur im

KAUFHAUS STRAUSS
RUDOLPH MARSTADT & CO. GÖRLITZ

Elektro-Montage-Gesellschaft m. b. H., Berliner Str. 26
1526 Preiswert. Radio, Beleuchtungskörper, Elektrische Anlagen

Landeskron-Drogerie, Max Eckart, Landeskronstr. 20
6.8 Lack- und Farbenfachmann

Wäschehaus HERMANN JUNGE, Marienplatz Nr. 6
gegenüber dem Dicken Turm
Bettwäsche / Tischwäsche / Leibwäsche / Trikotagen / Wollwaren
Kleider- und Wäschestoffe / Gardinen 1285

Landkron Bier
IMMER EIN GENUSS

Die besten Röstkaffees
sowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre,
Zigarren u. Zigaretten, kaufen Sie in nur
ersten Qualitäten preiswert und am vor-
teilhaftesten bei

Alfred Klingenberg
Komm.-Ges.
Berliner Str., Ecke Hospitalstr.
Elisabethstraße, Ecke Klosterstr. 127

Theodor Wagner, Drogenhandlung
1924 Webersstraße Ecke Beckerstraße

Eduard Bischoff, Elisabethstraße 14/15
1929 Uhren, Gold- u. Silberwaren - Reparaturwerkstatt

Elisabeth-Drogerie L. Heinemann
1911 Elisabethstraße 1a, neben Knolle

Max Benhin Görlitz, Jakobstr. 33
Bandagen
Celbbinden / Gummistümpfe / Fußelnlagen
Lieferant aller Krankenkassen und Genossenchaften 1408

Bruno Schulze, Untermarkt 3
1404 Wäsche, Weiß- u. Wollwaren - Herren-Artikel

Rolenthal & Groß Ausschank:
Groddestillation und Weinhandlung
Berliner Straße Nr. 15 (Felix Prinzler)
Petersstraße Nr. 4

Fritz Lange
1409 Roßfleischerie
Nonnenstraße Nr. 5

Damen-Frisier-Salon K. GRIEGER
Brüderstraße 16 1514

SÄMEREIEN
Alfred Frenzel Nachf.
Elisabethstraße 17 1517

Kommen Sie in die
Reichs-Apotheke, Moltkestraße 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versich. aller Krankenkassen erhalten
weitgehendstes Entgegenkommen! 1578

Spezial-Betten-Intergeschäft
B. SCHOLZ, Krischelstr. 8
Ruf 3331
Moderne Bettenreinigung 1514

E. Buder
Kolonialwaren
Lebensmittel
Rothenburger Str. 11
1925

Hüte, Mützen, Pelze
preiswert, reell
Felix Hensel
Große Kirchstraße 16
171

Butter, Eier, Käse
Heinrich Scholz
Hospitalsstraße 4
2091

Eduard Temler
Sanitäts-Gummi-
waren-Geschäft
gegr. 1803
Damenbedienung
Brüderstraße 6
2098

Reserviert

O. Siteras
Nikolaistr. 11
Prager Str. 3
Molkerei-Produkte
Lebensmittel 1291

W. Nitsche
Görlitz
Emmerichstr. 63
ff. Fleisch
u. Wurstwaren
1891

L. Klimm
Bautzener Str. 41
Lebensmittel
519

R. Kalus
Brot- und
Feinbäckerei
Kröbstraße 22
1522

E. Stöcker
Bautzener Str. 10
Fleisch-
und Wurstwaren
1511

Salon Ellger
Bogstraße 22
1518

**Spezialgeschäft für
Fisch- und
Räucherwaren**

Alfred Mühle
Konsulstraße
Feine Fleisch-
und Wurstwaren
1515

P. STACHE
Landeskronstraße 15
1578

Max Ennemann
Landeskronstr. 23
Fleisch
und Wurstwaren
1707

60% in blauen Marken
auf Brikette u. Steinkohlen
bei
Maifenhader
Hödening 1b
1288

Fr. Kujau
Görlitz
Konsulstraße 35
Fleisch-
u. Wurstwaren
1879

Aug. Siedel
Bautzener Straße
Brummenstr.-Be-
wäsche, Wollwaren
Kleider, Schürzen
1510

RESERVIERT

1413

P. HERZMANN
Feinb. Brot- und Feinbäckerei
Bautzener Straße 51
1512

Sanitäts- und Bandlagentgeschäft
J. ERHARDT
Hospitalstraße 43
Lieferant sämtlicher Berufs- und Krankenkassen
1414

Reißbäckerei
GUSTAV LANGE
Schwarzenstraße 1
1402

Reserviert

FEISENKELLER
Konsulstraße 5
Verkaufsstelle der Arbeiterschaft
1685

DESTILLATION / WEINHANDLUNG
F. USEMANN
10 Webersstraße 10
1289

Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner
1748

**Tailorhinauf! Damen, Herren u. Kinder-
Konf.-Atome**
OPITZ & KROEGER
Jakobstraße, Ecke Bahnhofstr.
2094

**Auf Tailorhinauf! Garderobe für Herren
und Damen / Möbel und Polsterwaren**
I. BRUCK, Hospitalstraße 3, part.
2097

Café SENFTLEBEN, Sohrstr. 9
Konditorei
Bäckerei
1680

Reserviert

C. MENZEL 1407
Görlitz, Apothekergasse 1
Reißbäckerei

ERNST SEIDEL, Demianiplatz 19/20
Fahrräder - Nähmaschinen - Große
Auswahl - Reparaturwerkstatt
1622

LOWEN-DROGERIE
Herbe, Lange
Webersstraße 12, Ecke Elisabethstraße
1926

DROGEN - PARFUMERIEEN
Apotheker Felix Neuberger
Mittelstraße 7
1927

RESERVIERT

1922

Landkronen - Brauerei - Ausschank
Inh.: F. Nopper
1923

WASCHE-FRENZEL
Schulstraße 7 (an der Berliner Straße)
1926

Lebensmittelhaus GRUBER
Bautzener Straße 57
1924

Kauft Fahrräder u. Ersatzteile nur bei
THEODOR DÜRSEL, Obermarkt 1-2
1683

Wilst du dich gut und billig nähren,
Muß du fleißig Milch verzehren!

Görlitzer Molkerei / Molkerei Schmeundorf / Molkerei Schlauroth
Molkerei Schönau A.-G. / Molkerei Weißbach

Grünberg
E. HERRMANN
Leinen- und Baumwollwaren
Bettfedern, Bettfedernreinigung
Berliner Straße 57
1686

Willi Mühle
Bakerei
Café und Konditorei
Erlotte Straße 49
1602

Feinbäckerei
empfehlen
Reinhard Holinski
Holzmarktstr. 2
1601

Grünberger Speditionsgesellschaft m. b. H. Tel. 272
Spedition / Möbeltransport / Kohlen
1909

Fraustadt
GEORG APT
Fruchtsaftpresserei, Likörfabrik
Wein- und Zigarrenhandlung
FRAUSTADT / MARKT 17
Telephon 64
1920

MÖBEL
kauft ihr preiswert bei
OTTO SCHULZ, Burgstr. 17
1647

Brot- u. Feinbäckerei
Gustav Helbig
Breslauer Straße 10 c
1503

**Trinkt Grünberger
Bergschloß-Biere**
1598

„Reinwaschende Traubensäfte, lose und
in Flaschen, zu bekannt billigen Preisen“
ALBERT PIRKE
1970
Obstweinkellerei und Weinhandlung
Burgstraße 2 / Versand nach allen Orten!

Preiswert und gut
kauft ihr
Möbel, Teppiche
Kinderwagen bei
Max Spingarn
Zweimerstr. 3
1919

PAUL GOTZE Tel. 88
Weine, Spirituosen, Tabakwaren
Wein- und Bierstuben
1678

Fritz Baumgart
Molkerei-Erzeugnisse
Berliner Straße 1
Telephon 737
1597

ELTWI
Installationen, Apparate
Beleuchtungskörper, Niederstr. 12
1680

W. ZILLMER
Pose Nachf., Niederstraße 28
reinigt, färbt,
wäscht, plättet alles
1972

Denzig
S. FRANKENSTEIN & CO.
Wollwaren, Wäsche
Trikotagen, Herrenartikel
1526

R. PHILIPP
Wäsche u. Trikotagen, Holzmarktstr. 26
1673

Herbert Schellenberg
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 10 c
1599

Modehaus Guffeld
Breite Straße 3
Ist Ihre beste Einkaufsquelle
1675

GUSTAV STAUB
Beste Bezugsquelle
für
Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
Berufskleidung
1592

Emil Berndts Ww.
Hüte, Mützen / Damenskleider und -artikel
1692

F. GRAU
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe preiswert und gut
1673

Reinhard Jaekel
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 25 d
1598

Stadtsparkasse Grünberg i. Schl.
1581 mit Bankabteilung

AUG. GORNTH, Breite Straße 1
Seit 20 Jahren bekannt als reell
und billig
1292

P. GNEUSS / Lebensmittel
Andreasstraße 2
1693

AD. WUNDERLICH
Spezialwaren aller Art - / Essen- und
Küchengeräte / Geschenkartikel
RING 36
1577

**Waren- und Fleischwaren
Frühstücksbrot**
Wilhelm Heptner
Niederruß 10-11
1900

**Biochemie
Diätetik**
Richard Mattern
Lessener Str 48
1874

**Kolonialwaren
Spirituosen
Tabakwaren**
Joseph Dandorf
Berliner Str. 83
1778

**Inserate in unserer Zeitung
haben guten Erfolg!**